

Europa bauen, den Wandel gestalten

Die Zukunft ist nicht mehr,
was sie war: Europa, Amerika und
die neue weltpolitische Lage

Daniel S. Hamilton

Einführung: Ulrich Bopp

Europa bauen, den Wandel gestalten

„Europa bauen, den Wandel gestalten“ – in dieser Reihe lädt die Stiftung Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus dem In- und Ausland zum Vortrag ein.

Professor Dr. Daniel S. Hamilton, Direktor des Zentrums für Transatlantische Beziehungen der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University, sprach am 11. Dezember 2001 im Kultur- und Kongreßzentrum Stuttgart zu dem Thema „Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage“. Nach der Tragödie des 11. Septembers 2001 sind Amerikaner und Europäer aufgerufen, dem Terror gemeinsam zu begegnen und die Partnerschaft an die Herausforderungen anzupassen. Der ausgewiesene Deutschland-Experte analysierte die transatlantischen Beziehungen im amerikanischen Geist und mit europäischem Verständnis.

Geschäftsführer Ulrich Bopp stellte in seiner Einführung die Frage, welche Herausforderungen und Chancen nach den schrecklichen Terrorangriffen für die Handlungsfähigkeit Europas erwachsen. Welche Kräfte kann eine erneuerte atlantische Partnerschaft mobilisieren, um nicht nur den internationalen Terrorismus wirksamer zu bekämpfen, sondern auch den Nahen Osten zu befrieden?

Dr. Ulrich Bopp

Einführung

Im Namen der Robert Bosch Stiftung begrüße ich Sie herzlich zum zweiten Stiftungsvortrag in unserer neuen Reihe mit dem Leitmotiv „Europa bauen, den Wandel gestalten“. Wir sehen in Ihrem großen Interesse nicht nur eine Reverenz an unseren Redner, Professor Daniel S. Hamilton, sondern auch an die weltpolitische Lage, die seit dem 11. September die transatlantischen Beziehungen zwischen Amerika und Europa mit neuem Sinn und wiedergewonnener Energie erfüllt.

Es ist für mich eine besondere Freude, heute abend unter uns Herrn Professor Karl Kaiser von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik begrüßen zu können. Professor Kaiser hat vor einem Jahr einen vielbeachteten Stiftungsvortrag gehalten und war maßgeblich an der Formulierung des „Stuttgarter Appells“ von 1999 für mehr Internationalität in Bildung, Ausbildung und deutscher Personalpolitik beteiligt. Er gehört der Steuerungsgruppe der von der Robert Bosch Stiftung unterstützten Berliner Initiative an, die einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der „Berliner Republik“ innerhalb der erweiterten Europäischen Union und im Rahmen unserer wachsenden internationalen Verpflichtungen leisten will.

Es ist ein glücklicher Umstand, daß wir Professor Daniel Hamilton in dieser weltpolitisch dramatischen Zeit gewinnen konnten, zu uns zu sprechen. Ich begrüße Sie, lieber Dan Hamilton, als einen unserem Land tief verbundenen Freund, als einen aus der jüngeren Generation herausragenden amerikanischen Deutschland-Experten und als hohen politischen Beamten, der in der Administration von Präsident Clinton

Entscheidendes geleistet hat für die Beendigung der Bürgerkriege auf dem Balkan und für die Stabilisierung Südosteuropas. Dafür wurden Sie zu Recht mit hohen amerikanischen und deutschen Auszeichnungen geehrt.

Professor Hamilton hat Wirtschaftswissenschaften, Politik und Internationale Beziehungen an den Elite-Universitäten Johns Hopkins und Georgetown sowie an der Universität Konstanz und am St. Olaf College studiert. Mit 24 Jahren wurde er Program Officer und danach Direktor des Wirtschaftsprogramms des Chicago Council on Foreign Relations, ein internationaler Think Tank, für den die deutsch-amerikanischen Beziehungen stets hohe Priorität hatten. Mit 27 Jahren wurde er stellvertretender Direktor des Aspen-Instituts in Berlin und in den Sommermonaten verantwortlicher Leiter des „Waldsee German Language Village“ in Minnesota. Bisher haben dort über 1600 Kinder und Jugendliche einen sechswöchigen Sommeraufenthalt verbracht, wo sie von 60 deutschsprachigen Freiwilligen spielerisch in die deutsche Sprache eingewiesen werden. Die dort geleistete Jugend- und Spracharbeit gilt als vorbildlich. Natürlich hat das Sprachdorf mit dem Namen Waldsee auch eine Partnerschaft mit Bad Waldsee in Oberschwaben. Daniel Hamilton war Gastprofessor für Internationale Politik an der Freien Universität Berlin und enger Berater des amerikanischen Botschafters und späteren Architekten des Dayton-Abkommens, Richard Holbrooke. Von 1994 bis Sommer diesen Jahres war er Deputy Assistant Secretary of State für europäische Angelegenheiten und US-Sonderkoordinator für die Stabilisierung Südosteuropas sowie stellvertretender Direktor des Planungsstabes von Außenministerin Madeleine Albright. Inzwischen leitet er das Zentrum für Transatlantische Beziehungen der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University in Washington. Professor

Hamilton hat zahlreiche internationale Studien und Bücher verfaßt, darunter auch ein deutsches Liederbuch für Waldsee und eine Studie über die menschliche Dimension in der deutsch-amerikanischen Partnerschaft.

Anfang der neunziger Jahre gab es, wie sich viele erinnern werden, eine publizistisch dramatisierte Debatte über die „Berliner Republik“. Die mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschaffene neue Lage warf, neben der Ausgestaltung der inneren Einheit, auch die Frage nach der außenpolitischen Orientierung des Landes auf. Die Wiedervereinigung über den Beitritt der demokratischen DDR zur Bundesrepublik und der damit verbundene Eintritt in die Europäische Gemeinschaft hatten ebenso wie der Vertrag von Maastricht und die Preisgabe der D-Mark für eine europäische Währung die Westbindung Deutschlands bekräftigt, an der Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher nie einen Zweifel hatten aufkommen lassen. Trotzdem wurden in der Hauptstadtfrage, und nicht nur dort, alle Schattenseiten deutscher Vergangenheit ins Feld geführt, während ein Strom von Aussiedlern, Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen ins Land drängte. So konnte für kurze Zeit der Eindruck entstehen, als wäre die innenpolitische Stabilität in Gefahr. In diese Situation hinein prägte Daniel Hamilton in einer von der Carnegie Stiftung einberufenen Studiengruppe den Begriff der „Berliner Republik“. Der Titel dieser ebenso präzisen wie weit ausgreifenden Studie lautete *Beyond Bonn. America and the Berlin Republic*. Als die deutsche Ausgabe 1994 bei Ullstein erschien, hatte sich die Diskussion um die Berliner Republik und das mit ihr angeblich verbundene Menetekel in der öffentlichen Debatte fast schon verselbstständigt. Dabei wäre es für manchen unserer Politiker, Intellektuellen und Publizisten gut gewesen, das zu lesen, was

Daniel Hamilton damals mit kühlem Kopf und ruhiger Hand schrieb:

„Im Verlauf dieses Jahrzehnts verwandelt sich die Bonner Republik in die Berliner Republik, in Europas bedeutendste Nation. Das Land, das die Teilung Europas verkörperte, ist wieder das Land der Mitte – sowohl geopolitischer Drehpunkt als auch Katalysator für den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung des Kontinents. Diese Feststellung wird mit Zuversicht getroffen, nicht mit Bedauern. Es gibt keinen historischen Präzedenzfall für ein friedliches, vereintes, demokratisches Deutschland. Die Berliner Republik bietet erstmals in der deutschen Geschichte die Chance, ein solches Deutschland dauerhaft zu schaffen. Von ihrem Erfolg hängt Europas Zukunft ab.“

Aus diesen Worten spricht amerikanisches Vertrauen in die deutsche Demokratie und in Deutschland als wichtigen europäischen Partner, ein Vertrauen, das bereits Präsident George Bush in den 2+4-Gesprächen bewogen hatte, die Weichen für eine rasche Wiedervereinigung zu stellen. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten damit ein drittes Mal ihr Gewicht in die Waagschale Europas geworfen, um das Ende des Kalten Krieges in einen wirklich nachhaltigen Sieg für Frieden, Freiheit und Demokratie in Europa zu verwandeln.

Freilich, Dankbarkeit ist wie Glück keine Kategorie, die in den Lehrbüchern der Politik und in der Geschichte der internationalen Beziehungen abgehandelt würde. Auch die deutsche Politik macht da trotz mancher Rhetorik keine Ausnahme. Obwohl gerade wir Deutschen der Weitsicht und Großherzigkeit Amerikas Entscheidendes verdanken, gibt es in unserer politischen Klasse und mehr noch unter den Intellektuellen manches Ressentiment gegenüber Amerika und gegenüber der Art, wie Amerika seiner weltpolitischen Ver-

antwortung gerecht zu werden sucht. Daß dabei Kritik wohlfeiler ist als Selbstkritik, daß antiamerikanische Ressentiments sich gerade dann besonders heftig manifestieren, wenn Amerika für seine globalen sicherheitspolitischen Interessen europäische Partner sucht, beeinflußt bis in die jüngste Zeit hinein auch die Tiefs der atlantischen Wetterlage.

Professor Daniel Hamilton gehört zu jenen, die deutschen Politikern und der politischen Öffentlichkeit immer wieder mit Geduld und vielen vernünftigen Gründen dargelegt haben, warum Deutschland einen aktiven Beitrag zur Erneuerung der kollektiven Sicherheitspolitik leisten muß, wenn es den Interessen seiner Bürger und seiner neuen Verantwortung gerecht werden will. Inzwischen hat unser Land in relativ kurzer Zeit einen weiten Weg zurückgelegt: Vom Kosovo-Einsatz über Mazedonien bis hin zum Krieg gegen die Taliban und zur Beteiligung an der UN-Sicherheitstruppe für Afghanistan.

Die schrecklichen Terrorangriffe vom 11. September haben nicht nur das Herz Amerikas getroffen, sondern die Welt verändert. Unser Mitgefühl für die Opfer dieses verwirklichten Alptraumes und ein neues Bewußtsein von der Verletzlichkeit unserer Zivilisation durch international vernetzten Terrorismus sind nicht voneinander zu trennen. Aus Mitgefühl und Solidarität ist deshalb sehr rasch eine neue Qualität transatlantischer Zusammenarbeit erwachsen, aber auch eine Kooperation mit Rußland und China, die fast schon einem *renversement des alliances* früherer Zeiten gleicht.

Welche Herausforderungen und Chancen erwachsen hieraus für die Handlungsfähigkeit Europas? Welche Kräfte kann eine erneuerte atlantische Partnerschaft mobilisieren, um nicht nur den internationalen Terrorismus wirksamer zu bekämpfen, sondern auch den Nahen Osten zu befrieden? Und welche neuen, selbstloseren Formen der Zusammen-

arbeit mit den überfüllten, von Armut, Seuchen und Umweltkatastrophen heimgesuchten Regionen dieser Erde müssen wir entfalten, um diese eine Erde sicherer zu machen? Diese weltpolitischen Fragen beschäftigen Professor Daniel Hamilton nicht erst seit dem 11. September. Wir dürfen gespannt sein auf das, was er uns zu sagen hat.



Daniel S. Hamilton

Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage

Daniel S. Hamilton

Herzlichen Dank, lieber Ulrich Bopp. An Sie persönlich möchte ich einen besonderen Dank richten, denn Sie haben im Rahmen der transatlantischen Beziehungen in einem besonders hohem Maße die Rolle eines Katalysators gespielt. Unter der Führung von Ulrich Bopp hat die Robert Bosch Stiftung die Entstehung eines breit gespannten und dynamischen Netzes von Deutschen und Amerikanern bewirkt, die sich unserer Partnerschaft verschreiben. Es ist mir daher eine besondere Freude, den heutigen Abend hier mit Ihnen zu verbringen.

Aber es ist mir noch aus anderen Gründen eine große Freude, hier in Stuttgart zu sein, denn ich habe viele persönliche Beziehungen zum Land Baden-Württemberg. Nicht nur habe ich in Konstanz studiert, ich pflege auch einer Art Städtepartnerschaft mit meinem Freund, Bürgermeister Rudolf Forcher, aus Bad Waldsee. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit besuchen junge Amerikaner Bad Waldsee, und junge Bürger aus Bad Waldsee kommen zu einem Gegenbesuch nach Minnesota. Und natürlich fühle ich mich als „Daimler Chrysler Fellow“ hier regelrecht zu Hause.

Lassen Sie mich bitte eingangs die Skepsis bestätigen, die vielen Europäern gemeinsam ist, wenn sie über die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Kultur nachdenken, indem ich Ihnen gegenüber einräume, daß unsere größten Philosophen oftmals unsere Baseballspieler sind. Und vielleicht kann ich auch mögliche Skepsis über meine eigene Seriosität bestätigen, wenn ich Ihnen Folgendes sage: Ich glaube, daß Dan Quisen-

berry, der als Pitcher bei den Kansas City Royals spielte, wirklich am besten zusammengefaßt hat, wie wir alle während der Zeit des Kalten Krieges die Zukunft gesehen haben:

„Ich habe die Zukunft gesehen“, meinte er nämlich. „Und sie ist genau wie die Gegenwart – nur länger.“

Ich bin der Meinung, daß Quisenberry recht hatte. Die allgemeine Vorstellung war, daß der Wettlauf zwischen Ost und West irgendwie weitergehen würde, daß Deutschland geteilt bleiben würde, daß Rußland und Amerika auf Dauer Feinde sein würden. Und selbst zu der Zeit, da wir bemüht waren, die Teilung und die Zerrissenheit Europas zu überwinden, planten zwei Generationen von Menschen ihre jeweilige Zukunft auf dem Fundament der Berliner Mauer – begründet auf der Annahme, daß diese Mauer und daß die Welt, für welche diese Mauer stand, auf ewig Bestand haben würden.

Plötzlich jedoch und ohne jede Warnung stürzte diese Mauer in sich zusammen. Die klaren, sauberen Trennlinien des Kalten Krieges verschwammen plötzlich in die abstrakten Farben und Formen eines Gemäldes von Jackson Pollock. Und eine Menge Menschen auf beiden Seiten der schwindenden Grenze fanden plötzlich heraus, daß sie glänzend darauf vorbereitet worden waren, in einer Welt zu bestehen, die es gar nicht mehr gab.

Noch heute ist der Fall der Berliner Mauer das ausdrucksstärkste Symbol für offene Gesellschaften und offene Märkte. Wenn Mauern allerdings für die Begegnung von Familien und Freunden, für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen nicht länger bestehen, dann können sie sich auch nicht mehr dem Hass und den Vorurteilen in den Weg stellen. Ein geeintes und freies Europa – *Europe whole and free* – winkt nach wie vor am Horizont. Allerdings sind

während des Jahrzehnts seit dem Fall der Berliner Mauer mehr Europäer gewaltsam ums Leben gekommen als während der fast drei Jahrzehnte ihres Bestehens. Unsere anfängliche Euphorie hat uns blind werden lassen für die Einsicht, daß unsere neue Welt nicht nur bestehende Konflikte beiseite gefegt hat, sondern daß sie auch neue Konflikte mit sich gebracht hat.

Dann kamen die Angriffe vom 11. September. Bedeutete der Fall der Berliner Mauer den Triumph der Globalisierung in ihren positiven Komponenten, so war der Einsturz des World Trade Centers die schauerhafte Antwort ihrer dunkleren Kräfte.

Vieles sieht heute anders aus, und ein noch größerer amerikanischer Philosoph, der Baseballspieler Yogi Berra von den Yankees, bietet uns eine weitere weise Einsicht:

„Die Zukunft“, so sagte er, „ist nicht mehr, was sie einmal war.“

Wie sollten wir diese neue Welt und unsere Rolle darin verstehen? Wenn Sie mir dies nachsehen möchten, dann darf ich mich dieser wichtigen Frage im Geiste von König Alfonso X. von Spanien nähern, der im 13. Jahrhundert anmerkte, daß er, wenn er nur zum Zeitpunkt der Schöpfung anwesend gewesen wäre, einige nützliche Tips für die bessere Gestaltung des Universums hätte geben können.

Lassen Sie mich auch hinzufügen, daß mir einige Unterschiede im Ansatz von Deutschen und Amerikanern gegenüber derartigen Fragen mehr als deutlich bewußt sind. Die meisten meiner deutschen Freunde haben gewöhnlich das Bedürfnis, den konzeptuellen Rahmen – das Gesamtkonzept – zu verstehen, bevor sie bereit sind, den ersten Schritt nach vorn zu tun. Für viele meiner amerikanischen Freunde dagegen wird das Leben von Fall zu Fall entschieden.

Am besten lassen sich diese Unterschiede anhand eines Gesprächs veranschaulichen, welches zu Beginn der achtziger Jahre der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt und Arthur Burns, seinerzeit US-Botschafter in Deutschland, miteinander führten. Der Kanzler bat Burns eines Tages zu sich und forderte ihn auf, ihm das Gesamtkonzept Amerikas für die Ost-West-Beziehungen darzulegen; er begehrte zu wissen, wie Washington mit all diesen Mittelstreckenraketen umzugehen gedachte und wie die Haltung gegenüber der abenteuerlichen Politik der Sowjetunion, der Frage der Menschenrechte, dem Röhrenembargo und anderen Problemen aussah.

Burns antwortete, ohne zu zögern. „Das will ich Ihnen gerne sagen“, erwiderte er. „Möchten Sie das Gesamtkonzept für diese Woche oder lieber das von letzter Woche hören?“

Eines der Geheimnisse, die sich hinter dem Erfolg der deutsch-amerikanischen Beziehungen verbergen, liegt natürlich in der Tatsache begründet, daß wir immer dann am besten waren, wenn es uns gelungen ist, Ad-hoc-Entscheidungen in eine breiter gefaßte Strategie einzubetten. Und genau vor einer solchen Herausforderung stehen wir heute.

Natürlich gelingt es mit keinem einheitlichen Konzept, die heutige Realität vollständig einzufangen. Die Welt, in der wir leben, ist viel zu vielschichtig und kompliziert, als daß sie auf einen Aufkleber passen würde. Unsere Interessen sind einfach zu breit angelegt und die Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben, zu vielfältig.

Andererseits ist eine von Fall zu Fall vorgehende Außenpolitik auf Ad-hoc-Basis aber ebenso unangemessen. Die Öffentlichkeit unserer Länder benötigt Maßstäbe, nach denen sie internationale Entwicklungen und Geschehnisse einstufen und beurteilen kann. Ohne derartige Fundamente können Entscheidungen zwangsläufig nur ad hoc erfolgen. Und die politische Wahrnehmung unserer Interessen dürfte eher an

flüchtigen Anliegen, an Medienschlagzeilen, an parteipolitischen Überlegungen oder auch an Partikularinteressen orientiert sein.

Wir in den Vereinigten Staaten haben mit tiefer Demut und mit ermutigtem Herzen den unglaublichen Mut und die große Beharrlichkeit der Feuerwehrleute von New York City beobachtet. Sie sind die wahren Helden. Aber wir werden weder unseren Helden noch unseren Opfern gerecht, wenn wir auf eine „Feuerwehr-Außenpolitik“ zurückgreifen, wenn wir von einem Brandherd zum anderen eilen, um ihn zu löschen. Dieser Gefahr waren wir sicherlich bis zum 11. September ausgesetzt. Wir haben uns so sehr über Bananen und Rindfleisch gezanzt, daß man den Eindruck haben konnte, wir hätten unsere breiter gespannten, gemeinsamen Ziele völlig aus den Augen verloren.

Seit jenem Tag hat sich allerdings vieles geändert. Wir Amerikaner waren wahrhaft berührt angesichts der spontanen und aufrichtigen Solidaritätsbekundungen aus Deutschland und Europa. Direkt nach dem Angriff verfaßte ein achtjähriges deutsches Mädchen ein Gedicht, das ihr Vater mitbrachte, als er Ground Zero in New York besuchte:

Herr, wir sind sehr erschrocken.

In Amerika ist Schreckliches geschehen.

Terroranschläge haben zwei Hochhaustürme in New York zerstört.

Teile des Pentagons brannten.

Tausende von Menschen sind tot, sie sind unter den Trümmern begraben.

Ihre Angehörigen sind verzweifelt.

Wir trauern mit.

Herr, wir bitten dich um Frieden in der Welt.

Hilf, daß die Verantwortlichen richtig entscheiden.

Herr, hilf uns.

Wieder einmal beweisen Amerikaner und Europäer, daß wir durchaus in der Lage sind, mutig und entschlossen Seite an Seite zu stehen, wenn wir durch gefährliche Feinde herausgefordert und bedroht werden. Meine Frage lautet, ob wir in der Lage sind, dieselben Qualitäten aufzubringen, um die Chancen zu ergreifen, die aus dieser Tragödie entstehen. Denn die Geschichte wird uns letztendlich nicht nur daran messen, wie gut wir mit Krisen fertig geworden sind oder wie treffend wir auf Katastrophen reagiert haben, sondern eben auch daran, wie gut wir uns aufgestellt haben, um die Zukunft gestalten zu können.

Um die genannten Chancen wahrzunehmen, gilt es natürlich zunächst zu verstehen, was sich am 11. September überhaupt geändert – und was sich eben nicht geändert hat.

Geändert hat sich am 11. September nicht unsere Verwundbarkeit gegenüber dem Terrorismus, sondern vielmehr unser Verständnis von diesem. Der nachhaltigste Schock kam möglicherweise nicht einmal durch den massiven, entsetzlichen Verlust von Menschenleben, sondern durch das Böse, den Hass und den Fanatismus hinter diesen Ereignissen.

Wir Amerikaner erfahren gegenwärtig das alltägliche Gefühl der Verunsicherung, das die Deutschen in den Tagen von Baader/Meinhof hatten und das den Spaniern aus dem Umgang mit der ETA und den Briten und Iren aus der Konfrontation mit der IRA vertraut ist. Am 11. September jedoch wurde darüber hinaus eine weitere Linie überschritten, worauf auch diese Erfahrungen uns nicht vorbereitet hatten. In der Vergangenheit begingen die internationalen Terroristen oft Attentate und Angriffe von begrenztem Umfang, um ihre jeweilige politische und finanzielle Unterstützung nicht zu untergraben. Sie interessierten sich für maximale Medienaufmerksamkeit, nicht maximale Opferzahlen. Die Terroristen von heute kennen derartige Be-

denken nicht. Ihre Fähigkeit zu töten wird nur noch durch die „Leistungsfähigkeit“ ihrer Waffen begrenzt. Ihr Ziel ist es nicht, Einstellungen zu beeinflussen und Befürworter zu gewinnen. Ihnen geht es um die Zerstörung von Gesellschaften. Sie haben uns in ein Zeitalter des Katastrophenterrorismus katapultiert.

Der 11. September macht nachvollziehbar, was bisher zwar auch bekannt war, was jedoch als theoretische Möglichkeit gegolten hatte: die Detonation von Massenvernichtungs- und von Massenverwüstungswaffen auf europäischem oder amerikanischem Boden durch Staaten, Gruppen oder sogar Einzelpersonen. Die größte potentielle Bedrohung, der wir ausgesetzt sind, liegt nach wie vor in einem Angriff mit Atomraketen durch ein prominentes Land. Und doch ist diese Bedrohung nach und nach in den Hintergrund getreten. Wahrscheinlichere Bedrohungen liegen für uns inzwischen bei biologischen Waffen in der Post oder aus der Sprühdose, bei chemischen Waffen in Belüftungssystemen oder in Unterführungen oder bei nuklearen oder radiologischen Waffen auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens oder im Laderaum eines Schiffes, welche durch eine Gruppe oder durch eine Einzelperson eingesetzt werden, die dabei keinerlei Heimataadresse hinterläßt.

Die Bedrohung durch den Terrorismus und die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen sind inzwischen auf untrennbare Weise miteinander verknüpft. Zusammengekommen stellen diese beiden Bedrohungen unseren schlimmsten Alptraum dar.

Am 11. September befanden wir uns plötzlich in einem Krieg. Wir haben uns diesen Krieg nicht ausgesucht, er hat uns ausgesucht. In diesem Zusammenhang kann die Sprache dem Verstehen durchaus im Wege sein. Für die meisten Deutschen erinnert der Begriff „Krieg“ an die end-

gültige Zerstörung der deutschen Städte und Landschaften. Da Deutschland am 11. September nicht direkt angegriffen wurde, kann ich die hier ablaufende Diskussion darüber nachvollziehen, ob es sich dabei wirklich um einen Krieg oder eher um ein entsetzliches Verbrechen handelt. Für die meisten von uns Amerikanern jedoch ist dies gleich in zweifacher Hinsicht ein Krieg. Erstens handelt es sich um einen Krieg in des Wortes wahrhaftigster Bedeutung. Die Ruinen des World Trade Center lassen an die Städte in Deutschland und in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg denken. Wir wurden direkt angegriffen; wir stehen im Krieg. Zweitens führen wir diesen Krieg gegen den Terrorismus, so wie wir auch im eigenen Land „Krieg“ gegen das Rauschgift, das Verbrechen, die Armut geführt haben – als eine Möglichkeit, unsere große und äußerst vielfältige Gesellschaft im Rahmen einer mehrdimensionalen Kampagne von unbekannter Dauer zu mobilisieren.

Wir führen diesen Krieg, diesen Feldzug eher gegen ein Netzwerk als gegen ein Land, obwohl dabei auch einige Länder eine Rolle spielen. Unsere Gegner sind nicht nur die für diesen Angriff Verantwortlichen bzw. nicht einmal nur die Staaten, welche die Verantwortlichen unterstützt haben. Unser Gegner ist ein ganzes System von internationalem Terrorismus, das über Jahrzehnte errichtet wurde und dessen Struktur, Reichweite und Ziele sich im Laufe der letzten zehn Jahre auf drastische Weise verändert haben.

Zu unseren Feinden gehören schwer zu fassende Einzelpersonen, lichtscheue Organisationen und versteckte Finanzverbindungen. Und diese Feinde sind nicht nur von größerer tödlicher Gefahr, sondern sie sind auch schwieriger zu erkennen und zu berechnen. Die Angriffe mit dem Milzbrand-erreger in den Vereinigten Staaten haben die traditionellen Grenzen zwischen dem heimischen und dem internationalen

Terrorismus verschwimmen lassen. Skrupellose Sympathisanten der Terroristen bewirken darüber hinaus durch ihr Verhalten mitunter noch eine Verstärkung beider Formen und damit eine Steigerung ihrer zerstörerischen Wirkung.

Am 11. September wurde die transatlantische Partnerschaft von einer Beziehung zwischen Beschützern und Beschützten in eine echte, gegenseitige Verteidigungsgemeinschaft umgewandelt. Unmittelbar bevor ich nach Stuttgart abreiste, sah ich beim Verlassen meines Hauses in Maryland etwas wirklich Bemerkenswertes – ein AWACS-Flugzeug der NATO, in dem mit einiger Wahrscheinlichkeit Deutsche und andere Europäer gesessen haben dürften, wie es am nächtlichen Himmel über Washington Patrouille flog. Wir stehen in dieser Angelegenheit wahrhaft Seite an Seite. Heute sind wir darauf konzentriert, Amerika zu verteidigen. Aber schon heute abend – oder auch morgen – könnte es einen Angriff auf Europa geben. Die Al Qaida hatte größere Operationen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien geplant – ebenso wie in den USA. Inzwischen wissen wir auch, daß einer der Terroristen, die ein Flugzeug in das World Trade Center flogen, einmal nach einem präzisen Flugplan ungeschützte Kernkraftanlagen und äußerst wichtige politische und wirtschaftliche Einrichtungen an Rhein und Ruhr überflogen hat.

Am 11. September mußten wir auch lernen, daß die Offenheit, die unsere größte Stärke ausmacht, auch gegen uns verwendet werden kann. Es handelte sich nicht nur um einen Angriff auf die Freiheit, sondern es war, wie *The Economist* bemerkte, ein „Angriff durch die Freiheit“. Die Terroristen haben nicht nur unsere Sicherheitsschranken überwunden, sondern sie nutzten dabei auch unsere Freiheiten, unser Erziehungs- und Bildungssystem, unsere sozialen Dienste und Einrichtungen sowie die Verkehrs- und

Kommunikationsinfrastruktur unserer freien Gesellschaften, um ihre mörderischen Ziele zu erreichen.

Wir werden auch in Zukunft den Gefahren ausgesetzt sein, die sich aus unserem engen Beziehungsgeflecht, aus der gemeinsamen Verwundbarkeit ergeben, wie sie einfach mit der Freizügigkeit von Menschen und Gedanken, von Gütern und Dienstleistungen einhergeht und wie sie angesichts der Komplexität unserer Lebensformen kaum vermeidbar ist – ob wir nun die weltumspannenden, elektronisch verknüpften Finanznetze betrachten oder die vernetzten Informationssysteme oder auch unsere Volkswirtschaften in ihrer Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen.

Bieten die Ereignisse vom 11. September einen neuen Rahmen für internationale Politik? Lassen sie ein neues Gesamtkonzept entstehen, dank dessen wir unsere Welt und die Rolle, die wir in ihr spielen, besser verstehen können? In sich und an sich tun sie dies gewiß nicht. Die Herausforderungen des 10. September verschwanden nicht am 12. September. Es gibt zahlreiche Probleme, denen wir uns auch dann hätten stellen müssen, wenn es den 11. September niemals gegeben hätte. Es gilt hier nach wie vor das, was Bertolt Brecht einmal schrieb:

*„Ein neues Zeitalter beginnt nie ganz plötzlich.
Mein Großvater lebte schon in der neuen Zeit.
Mein Großvater wird noch immer in der alten Zeit leben.
Neues Fleisch essen wir mit alten Gabeln.
Die neuen Antennen verbreiten den alten Unsinn.
Die Weisheit wird von Mund zu Mund verbreitet.“*

Die Welt des 10. Septembers – und auch die Welt des 11. Dezembers – ist eine Welt, die durch die positiven und negativen Kräfte der Globalisierung hin- und hergerissen wird.

Am 11. September wurde die Realität vom 10. September auf brutale Weise bestätigt, derzufolge wir in einer Welt leben, in der unser Wohlergehen in zunehmendem Maße durch legale und illegale Ströme und Bewegungen von Menschen, Geld und Waffen, von Technologien, Toxinen und Terror, von Drogen und Krankheiten beeinflusst wird. Wir mögen derartige Phänomene ruhig als „global“ bezeichnen – in ihren Auswirkungen sind sie immer noch lokal. Sie sind unpersönliche Kräfte mit äußerst persönlichen Konsequenzen. Die Gefahren, die sich für unser Leben und unsere Lebensformen daraus ergeben, sind gleichzeitig konkreter faßbar und doch schwieriger vorherzusehen, als dies die Gefahr eines nuklearen Infernos zu Zeiten des Kalten Krieges war.

Die Ereignisse seit dem 11. September – und zwar sowohl die Milzbrandreger-Attentate als auch das Klonen von Humanzellen in den Vereinigten Staaten – stärken die Einsicht, daß die Biologie zum Guten oder zum Bösen mit einiger Wahrscheinlichkeit die entscheidende Wissenschaft des 21. Jahrhunderts werden dürfte – ebenso wie die Physik die Wissenschaft des 20. Jahrhunderts war. Fortschritte in der Biotechnologie, in der modernen Verarbeitung von Nahrungsmitteln und in der Pharmazie versprechen der Menschheit niemals zuvor dagewesene Vorteile und Qualitäten. Allerdings erhöhen sie auch auf unaufhaltsame Weise die Leichtigkeit, mit der sowohl Terroristen als auch Staaten tödliche biologische Wirkstoffe herstellen können, und zwar an jedem Ort der Welt.

In dieser neuen Welt kann die Natur selbst sich als unser Feind erweisen. Erkrankungen, die in früheren Zeiten eine lokale Geißel geblieben wären, haben heute weltweite Wirkung. Zwanzig wohlbekannte Krankheiten – darunter Tuberkulose, Malaria und Cholera – sind seit 1973 wieder aufge-

treten oder haben sich geographisch ausgebreitet und dabei oftmals eine nochmals virulentere und gegen die bestehenden Mittel resistente Form aufgewiesen. Und mindestens 30 zuvor unbekannte Krankheitserreger wurden nachgewiesen – unter anderem HIV/Aids, Ebola, Hepatitis C und Nipah – alle samt Viren, gegen die es momentan keine Heilungsmöglichkeit gibt. 26 Millionen Menschen sind an Aids erkrankt, und 22 Millionen Opfer hat diese Erkrankung bereits gefordert. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Trend zu brechen, dann werden wir in fünf Jahren 100 Millionen Aids-Fälle zu verzeichnen haben – die schlimmste Epidemie, seit die Pest vor 600 Jahren über Europa hinwegfegte.

Während der zurückliegenden 50 Jahre hat die Spezies Mensch unseren Planeten stärker verändert als während der vorhergehenden 10 000 Jahre. Erst nach tausenden von Generationen hatte die Erdbevölkerung die Zahl von zwei Milliarden erreicht. Innerhalb der Lebensspanne eines einzigen Menschen erhöhte sich die Weltbevölkerung von zwei auf sechs Milliarden. Das rasche Bevölkerungswachstum, die Auszehrung der Ozonschicht in der Stratosphäre, die Abholzung des Regenwaldes, Migrationsbewegungen und humanitäre Krisen, regionale Wasserverschmutzung und saurer Regen, all dies sind die Gründe für die Gefährdung der Gesundheit des Menschen und des Wohlstands der Staaten. Und diese Bedrohungen kennen weder politische noch ideologische Grenzen. Sie mobilisieren Millionen von Flüchtlingen. Sie destabilisieren Regierungen und sind die Ursache von Gewalt. Entweder lösen wir diese Probleme gemeinsam, oder sie werden nicht gelöst.

Die wirtschaftlichen Chancen und Möglichkeiten, die mit dem globalen Wachstum einhergegangen sind, haben während der letzten 30 Jahre mehr Menschen aus der Armut befreit, als dies jemals in der Geschichte der Menschheit der

Fall gewesen ist. Und doch verbreitete sich die Kluft zwischen Reich und Arm weiterhin. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist ein tiefgreifendes Gefühl von technologischer Unterentwicklung, Entbehrung und selbst Hoffnungslosigkeit, aus dem – insbesondere in islamischen Staaten – Unterstützung für extreme Entwicklungen erwächst. Nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung muß mit zwei Euro am Tag auskommen, eine Milliarde Menschen verfügt nur über einen Euro am Tag, eineinhalb Milliarden bekommen nie ein Glas sauberes Wasser zu trinken. In jeder Minute stirbt eine Frau im Kindbett und stirbt ein Kind an Aids. Das ist der Stoff, aus dem Explosionen entstehen.

Die meisten Bedrohungen gegen den Frieden und die Stabilität entstehen heutzutage aus Konflikten innerhalb von Staaten, nicht zwischen Staaten. Die meisten dieser Konflikte sind dabei nicht neu, manche sind sogar sehr alt. Es handelt sich dabei nicht um einen *clash of civilizations*, sondern um Bruderkriege, bei denen sich oftmals Nachbarn aus derselben Region oder aus vertrauten Kulturen gegenüberstehen. Wird derartige Konflikte angesichts des immer stärkeren Zusammenrückens der heutigen Welt nicht frühzeitig entgegengetreten, dann wird der oftmals latente Hass leicht durch Demagogen usurpiert und auf die modernen Massenvernichtungswaffen aufgepflanzt, so daß am Ende nicht nur unser Wohlstand bedroht ist, sondern unsere eigentliche Existenz.

Glücklicherweise hat die Tragödie vom 11. September auch deutlich gemacht, welche realen Chancen sich daraus ergeben, daß die Großmächte ähnliche Interessen haben. Keine von ihnen möchte gegenüber derartigen dubiosen Gruppierungen, gegenüber den finsternen Mächten der Globalisierung verwundbar und anfällig sein. Und keine verfügt über die Möglichkeit, sich diesen Kräften allein zu wider-

setzen. Daraus ergeben sich stärkere Anreize und niedrigere Hemmnisse für eine Zusammenarbeit zwischen den Großmächten, als dies jemals in den letzten 150 Jahren der Fall gewesen wäre. Es kommt hinzu, daß zum ersten Mal die Mehrheit der Bevölkerung dieses Planeten unter Regierungen lebt, die sie sich selbst gewählt hat. Das Vorrücken der Demokratie hat auf enorme Weise zu unserer Sicherheit und zu unserem Wohlergehen beigetragen. Zwar sind nicht alle Diktatoren dieser Welt unsere Gegner – aber alle unsere Gegner sind Diktatoren.

Diesen leicht entflammaren Cocktail aus Alt und Neu zu verstehen und richtig mit ihm umzugehen – darin liegt unsere gemeinsame Herausforderung. Die potentielle Relevanz des 11. Septembers liegt weniger darin, daß dieser Tag unvermittelt eine völlig neue Welt angekündigt hat, als darin, daß hier möglicherweise unter einer Million Tonnen von Stahl und Glas unsere Selbstgefälligkeit zerstört wurde, mit der wir der Welt des 10. Septembers begegnet sind. Und ich sage bewußt „möglicherweise“, da diese Frage noch offen bleibt.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet handelt es sich bei dem Krieg gegen den Terrorismus – ein im weitesten Sinne mehrdimensionaler Feldzug – um wesentlich mehr als um die einfache Jagd auf Terroristen. Es geht dabei auch um mehr als nur um Bedrohungen oder Chancen. Es geht vielmehr um die uns nunmehr erwachsende Pflicht, unsere Partnerschaft neu zu gestalten – und damit auch das ganze internationale System.

Ich glaube, daß wir die ersten Schritte zur Erfüllung unserer Pflicht dann tun können, wenn wir nicht nur verstanden haben, was sich mit dem 11. September geändert hat, sondern auch, was sich nicht geändert hat, und das ist die zentrale Rolle der transatlantischen Gemeinschaft.

Die Ereignisse seit dem 11. September sollten uns erneut deutlich gemacht haben, von welch' wesentlicher Bedeutung unsere transatlantische Gemeinschaft für unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit ist. In den zurückliegenden Jahren scheinen wir dies vergessen zu haben.

Daher mag es durchaus sinnvoll sein, an einige wenige Tatsachen zu erinnern, bevor wir uns mit einem neuen „Atlantizismus“ beschäftigen. Wir sind jeweils füreinander der wichtigste militärische, wirtschaftliche und politische Partner. Unsere Allianz stellt die leistungsfähigste militärische Koalition in der Geschichte der Menschheit dar. In unseren Ländern bestehen die erfolgreichsten Demokratien der Welt, und wir sind die wichtigsten Hüter ihrer freiheitlichen Werte. Gemeinsam sind wir die wichtigste Lokomotive der Weltwirtschaft. Euro und Dollar sind die entscheidenden Währungen der Welt. Gemeinsam bringen wir 90 Prozent der in aller Welt gegebenen humanitären Hilfe auf.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen machen ein Volumen von 1,5 Billionen Dollar aus und sind damit die intensivsten auf der ganzen Welt; an diese Beziehungen sind mehr als 14 Millionen Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks direkt gebunden, die dadurch in den Genuß hoher Löhne, hoher Arbeits- und Umweltnormen sowie eines offenen, von Diskriminierungen weitestgehend freien Zugangs zu den Märkten des jeweils anderen kommen. Unsere Unternehmen investieren mehr in die Wirtschaft des jeweils anderen als in den gesamten Rest der Welt zusammengenommen. Die allein in den Staat Texas fließenden Investitionen aus Europa übersteigen die gesamten Investitionen der USA in Japan. Trotz aller Rhetorik über das „asiatische Jahrhundert“ gilt es zu sehen, daß die amerikanische Wirtschaft während der zurückliegenden acht Jahre zehnmal mehr in den Niederlanden als in China investiert hat. Die europäische Wirtschaft

erzeugt mehr als 60 Prozent aller neuen Arbeitsplätze, die von internationalen Investoren in den USA geschaffen worden sind. Europa ist der weltweit ertragsstärkste Standort für die Auslandstätigkeit amerikanischer Unternehmen.

Zwei Drittel der internationalen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von amerikanischen Unternehmen werden in Europa getätigt. Gemeinsam stellen wir für die gesamte Welt das dichteste Geflecht an globalem intellektuellem Kapital und an technologischer Innovation dar. Wir verfolgen keinerlei sich widersprechende strategische Ziele. Und gibt es zwischen uns Differenzen oder Meinungsunterschiede, so beziehen diese sich auf Interessen und taktische Gesichtspunkte von zweitrangiger Bedeutung.

Der Prozeß der Globalisierung ist über den Atlantik weiter vorangeschritten als in jeder anderen Region der Welt. Unsere Bürger engagieren sich gegenseitig so intensiv, daß wir über das Stadium von sogenannten „Außenbeziehungen“ bereits weit hinaus sind. Vielmehr haben wir den Schritt in eine neue Arena vollzogen – in diejenige einer transatlantischen Innenpolitik, in der spezifische gesellschaftliche und wirtschaftliche Anliegen oftmals über die formal bestehenden Grenzen hinwegreichen und sich dem Zugriff der Politik eines einzelnen Staates entziehen. Unsere Gesellschaften driften nicht auseinander, sie kollidieren.

Der frühere Botschafter Deutschlands in den Vereinigten Staaten, Jürgen Chrobog, formulierte dies so: „Die gemeinsame atlantische Zivilisation unterscheidet unser Verhältnis von jedem anderen Verhältnis zwischen zwei Weltregionen. Das schließt Unterschiede nicht aus. Gleiche Werte – etwa die individuelle Freiheit – werden in Europa und Amerika nicht selten unterschiedlich interpretiert und gewichtet ... Wir bleiben [aber] füreinander unverzichtbare, alternativlose Partner.“

Unser Potenzial wird durch den anhaltenden Prozeß der Erweiterung Europas noch weiter verstärkt werden, an dessen Ende die Gemeinschaft einer halben Milliarde von Menschen stehen wird, die in einem Gebiet zusammenleben, das sich vom Atlantik bis nach Rußland und vielleicht noch darüber hinaus erstreckt, vom Schwarzen Meer und vom Mittelmeer bis hinauf zur Ostsee und zum arktischen Ozean.

Niemand hat dies deutlicher erfaßt als Außenminister Powell, der jüngst auf die Frage, warum der russische Präsident Putin sich der transatlantischen Gemeinschaft zuwenden sollte, erwiderte: „Präsident Putin hat eindeutig erkannt, daß die Zukunft Rußlands vorwiegend im Westen liegt. Dort befindet sich die Quelle der Inspiration, die Quelle von Technologie, die Quelle des Kapitals, die Quelle vom Schuldenerlaß, die Quelle der Sicherheit.“

Mit einem Wort: Die Beziehungen der USA zu Europa sind nach wie vor etwas ganz Eigenes und mit unseren Beziehungen zu jedem anderen Land oder jeder anderen Ländergruppe dieser Welt in einer entscheidenden Dimension unvergleichbar: Wenn wir uns einig sind, dann ist unsere Partnerschaft die treibende Kraft für den Fortschritt in praktisch jeder Frage von weltweiter Bedeutung. Sind wir uns nicht einig, sind wir die globale Bremse.

Aus diesem Grunde darf unsere Antwort auf diese neue Welt nicht darin bestehen, weniger gemeinsam zu tun, sondern mehr gemeinsam zu tun.

Das zurückliegende Jahrhundert hat uns eine harte Lehre erteilt – wir benötigen einander. Standen wir getrennt, hatten wir Depression und Krieg. Standen wir zusammen, hatten wir Sicherheit und Wohlstand.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat unsere Partnerschaft sich darauf konzentriert, Deutschland zu rehabilitieren und

Westeuropa wieder aufzubauen und dabei gleichzeitig den Kontinent vor der Aggression durch die Sowjets zu schützen.

Nach Beendigung des Kalten Krieges haben wir unsere Partnerschaft über die Trennlinien des Kalten Krieges hinaus ausgedehnt, um auch die Demokratien in Osteuropa einzubeziehen.

Nach den Kriegen auf dem Balkan konzentrierten wir uns darauf, Südosteuropa umzubauen und aus einem Herd der Instabilität einen integrierenden Bestandteil unserer Gemeinschaft zu machen – ein Werk von entscheidender Bedeutung, das es fortzuführen gilt.

Heute, in dieser neuen Zeit, müssen wir gemeinsam unsere Aufmerksamkeit auf die Versprechen und die Gefahren der Globalisierung richten.

Dieser neue Atlantizismus ist in erster Linie eine Perspektive von Zielen und Mitteln, nicht von Institutionen und Bürokratien. Diese Vision ist ebenso einfach wie umfassend. Es ist die Vision eines geeinten und freien Europas in einem Tandem mit den Vereinigten Staaten, in einer neuen atlantischen Gemeinschaft, die als eine Kraft für den Fortschritt in der Welt auftritt. Sie ist weniger darauf konzentriert, was die Amerikaner für die Europäer in Europa leisten sollten, sondern sie orientiert sich stärker daran, wozu Amerikaner und Europäer bereit sind, in der weiteren Welt gemeinsam zu unternehmen. Diese atlantische Gemeinschaft geht von einer größeren Gleichheit der Partner aus, sie ist stärker global ausgerichtet – und sie ist leistungsfähiger. Ihre Vitalität ist unabhängig von der Rußlandorientierung des Kalten Krieges. Ja, eines ihrer wichtigsten Ziele lautet im Gegenteil, sich um Mittel und Wege zu bemühen, um ein demokratisches Rußland anzubinden und einzubeziehen.

Diese neue Partnerschaft bedeutet nicht einen Rückzug Amerikas aus den Angelegenheiten Europas. Vielmehr

würde sie der Rolle und Funktion der USA in Europa – die ihre vitale Bedeutung behält – einen neuen Sinn und anhaltende Kraft verleihen, da sie an eindeutige transatlantische Interessen in aller Welt geknüpft wäre.

Diese weltweit neue Ausgangslage – dieser globale *New Deal* – erfordert von uns in erster Linie einen über zwei Flügel ansetzenden Feldzug, um den Terrorismus zu bekämpfen und Stabilität zu „exportieren“, insbesondere in die Region, die ich als Großraum Südwestasien bezeichnen möchte. Zweitens sind wir gefordert, uns gemeinsam mit Rußland und anderen neuen Partnern in einer großen neuen Allianz zu engagieren, um unsere Zukunft zu sichern. Und drittens haben wir unsere eigenen Handlungsmuster – und wichtiger noch: unsere eigenen Denkmuster – zu ändern, um mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden.

Den Kampf gegen den Terrorismus fortzusetzen, bedeutet nach wie vor in allererster Linie, Osama bin Laden und sein Terrornetz zu beseitigen. Allerdings sind dies lediglich die Eröffnungszüge eines anhaltenden, unnachgiebigen, weltweiten Feldzuges. Im Rahmen einer breit angelegten Strategie geht es darum, den Schutz der eigenen Gesellschaft zu verbessern, die Geldquellen des Terrorismus trocken-zulegen, die Kommunikation zwischen den Terroristen zu stören und zu unterbrechen und auf einzelne Länder Druck auszuüben, damit diese den Terroristen nicht länger Zuflucht bieten.

Der Erfolg derartiger Bemühungen setzt eine umfassende Zusammenarbeit von Geheimdiensten, Polizei, Diplomaten, Zollverwaltungen und Finanzinstitutionen voraus. Jeder Sieg kann dabei nur bruchstückartig und schrittweise errungen werden. Nach den Worten von Präsident Bush brauchen wir eine „geduldige Ansammlung von Einzelerfolgen“. Geleitet werden müssen unsere Bemühungen durch den Gedanken der Prävention und nicht durch den der Rache, und unser

Ziel muß es sein, die Wahrscheinlichkeit und den Schweregrad zukünftiger Angriffe zu verringern.

Besonders kritisch ist der Wettstreit der Ideen. Er beginnt innerhalb unserer eigenen Gemeinschaft, wo die Anspielung zu hören ist, die USA seien selbst für das Übel verantwortlich, das sie befallen hat, und unsere Reaktionen auf den Terror seien in gewisser Weise schlimmer als der Terror selbst. Folgte man dieser Einschätzung, so wäre die einzige moralisch zulässige Reaktion ein Überdenken der Politik und der Verhaltensweisen, welche die Terroristen anzugreifen vorgeben. Wir bombardieren den Irak, wir unterstützen Israel, und wir sind Bündnispartner von repressiven Regimen in der arabischen Welt. Dieser Auffassung zufolge werfen wir auf eine derartig unerträgliche Art und Weise mit unserem Gewicht – und mit unseren Tugenden – um uns, daß wir uns nicht wundern sollten, daß Terrorismus darauf die Antwort ist. Und ohnehin – mit Gewalt läßt sich niemals irgend etwas lösen.

Aber ist das wirklich so? Lassen wir einmal die karikaturhaften Bilder von der Bösartigkeit der Amerikaner beiseite, die mit derartigen Ausflüchten immer einhergehen, und greifen wir das Argument selbst auf. Ich gehöre sicher zu den ersten, die einräumen, daß wir Amerikaner auch für historische Brutalitäten Rechenschaft schulden – ebenso wie für historische Brutalitäten derer, denen wir unsere Unterstützung gegeben haben. Aber wir Amerikaner und Europäer haben auch gemeinsam Rechenschaft für die Augenblicke abzulegen, da wir es unterlassen haben, uns gegen Unterdrückung und Mord zu erheben – da wir es unterlassen haben, frühzeitig und beherzt gegen Hitler oder Stalin vorzugehen; da wir es unterlassen haben, frühzeitig und entschieden dem Massenmord in Kamputschea, in Bosnien und in Ruanda entgegentreten. Wir schulden Rechenschaft für

unsere lähmende Unfähigkeit, der Gewalt im Nahen Osten Einhalt zu gebieten. Und wenn wir die Stirn geboten haben – wie zum Beispiel gegen den Irak im Golfkrieg –, dann mag durchaus spekuliert werden, was andernfalls geschehen wäre. Ohne den militärischen Widerstand seitens der Vereinigten Staaten und unserer Partner kann mit Fug und Recht davon ausgegangen werden, daß der Diktator, der sein eigenes Volk vergast und 200 000 Kurden abgeschlachtet hat, sein Gemetzel schlicht und einfach fortgesetzt hätte, wie er dies ja androht. Und vielleicht tut er es tatsächlich noch.

Man könnte auch dem Gedanken zustimmen, daß einige unserer politischen Ansätze und Verhaltensweisen einer Überprüfung bedürfen, wie ich dies später noch ansprechen werde. Allerdings kann nichts von alledem den Terrorismus entschuldigen oder ihn moralisch verständlich machen. Die einzig mögliche Antwort auf ideologisches Fanatikertum und selbstmörderische heilige Krieger ist unnachgiebiger Widerstand. Der amerikanische Journalist Michael Berman hat diese Perspektive brillant formuliert und meint zu Recht, daß diejenigen, welche die Solidarität mit den Opfern gegen einen Augenblick der Schadenfreude eintauschen, nicht nur einfach Entschuldigungen für den Terrorismus liefern, sondern sich zu den Befürwortern des Terrors gesellen.

Dabei geht es nicht nur darum, zu Hause, bei uns selbst zu definieren, worum es sich in diesem Feldzug wirklich handelt – diese Definition müssen wir auch einer Milliarde Muslime nahebringen. Wir müssen deutlich machen, daß es hier nicht um einen Krieg gegen den Islam geht. Die Interventionen des Westens im Persischen Golf und in Somalia haben Hunderttausenden von Muslimen das Leben gerettet. Auf dem Balkan, wo die serbischen Nationalisten sich daran machten, mit einem mittelalterlichen christlichen Eifer die Moslems in Bosnien zu massakrieren, um sich sodann den

Muslimen im Kosovo zuzuwenden, um sie entweder zu massakrieren oder zu vertreiben, dort auf dem Balkan führten die Vereinigten Staaten und Europa zweimal Krieg – an der Seite der Muslime.

Diese Gegebenheiten haben allerdings offenbar nichts dazu beigetragen, das Ansehen Amerikas in der Welt der radikalen Islamisten und der arabischen Nationalisten oder auch bei deren Apologeten in unserer eigenen Gesellschaft zu verbessern. Das liegt einfach daran, daß es in ihren Augen unser eigentliches Verbrechen ist, die Dynamik einer freien und demokratischen Kultur zu verströmen. In ihren Augen liegt unser Verbrechen weniger darin, was wir tun, als vielmehr darin, wer wir sind. In ihren Augen waren die zivilen Opfer in New York nicht wirklich unschuldig, denn sie genossen ja die verdorbenen Früchte der Unterdrückung durch den Westen. In ihren Augen besteht das Verbrechen von Millionen unserer Bürger darin, daß sie Tag für Tag deutlich machen, daß eine liberale Gesellschaft blühen und gedeihen kann und daß dies bei einer unfreien Gesellschaft nicht möglich ist. Dies ist die Peitsche, mit der freiheitsfeindliche Bewegungen sich selbst in Rage versetzen. Wir müssen im Nahen Osten sicher mit größter Vorsicht agieren – aber es gibt andererseits kein Maß an Vorsicht, mit dem einer derartigen Feindseligkeit begegnet werden könnte.

Nein, es handelt sich hier nicht um den *clash of civilizations*, sondern um das Aufeinanderprallen von zivilisierten Menschen aus allen Regionen, ob Christen, Moslems, Juden, Hindus, Buddhisten oder andere, mit einem Extremismus, der im Gewande einer der großen Religionen dieser Welt daherkommt und doch gleichzeitig die fundamentalsten Lehren dieser Religion verrät. Dieser Krieg wird nicht zwischen dem Islam und dem Westen ausgetragen, sondern zwischen Vorurteil und Toleranz, zwischen denjenigen, die

die Gesellschaften öffnen möchten, und denjenigen, die sie lieber schließen würden.

Nein, dies kann kein Krieg gegen den Islam sein, da der Islam inzwischen ein Teil von uns ist. In der Europäischen Union leben mehr als zwölf Millionen moslemische Bürger. Der Islam ist Amerikas am schnellsten wachsende Religion. In den nächsten zehn Jahren werden die muslimischen Amerikaner die jüdischen Amerikaner zahlenmäßig übertreffen. Die Millionen von aktiven, sich offen artikulierenden und nachweisbar freien Moslems in Amerika und Europa sind der lebende Beweis dafür, daß der Islam in einem liberalen Umfeld überleben und gedeihen kann – und daß glühende Verfechter dieser Religion sich keinesfalls radikalen Richtungen zuwenden müssen, um ihre religiöse Identität aufrechtzuerhalten. Für die Fanatiker gibt es keine größere Herausforderung. Und deswegen sind auch Hunderte von amerikanischen, europäischen und anderen Moslems im World Trade Center ums Leben gekommen.

Nein, dies ist kein *clash of civilizations*, sondern ein Kampf, der innerhalb des Islam selbst ausgetragen wird – ein Kampf zwischen Terroristen, die den Islam zu usurpieren versuchen, und denjenigen, die bemüht sind, nach seinen Lehren zu leben. Wie Akbar Ahmed, ein herausragender Islamgelehrter, bemerkte: „Obwohl die Aktionen der Usurpatoren möglicherweise mit dem Islam überhaupt nichts zu tun hatten, sind die Auswirkungen und Ursachen ihrer Aktionen jedoch von absolut entscheidender Bedeutung dafür, wie und wo der Islam den Weg in das 21. Jahrhundert findet.“

Diese Schwierigkeiten werden so lange anhalten, wie wir nicht bereit sind, uns neben dem eigentlichen und unmittelbaren Feldzug gegen den Terrorismus auch des größeren Umfelds anzunehmen, in dem die Terroristen operieren. Es ist dazu eine umfassende transatlantische Strategie gegen-

über der Region erforderlich, die ich als Großraum Südwestasien bezeichnen möchte.

In einem Kreis, in dessen Mittelpunkt sich die Stadt Teheran befindet und dessen Durchmesser etwa der Entfernung zwischen der Ost- und der Westküste der Vereinigten Staaten entspricht, befindet sich eine Region, in der 75 Prozent der Weltbevölkerung leben, in der 60 Prozent des Bruttosozialprodukts der Welt erwirtschaftet werden und die 75 Prozent der weltweiten Energiereserven birgt. Der Großraum Südwestasien ist die Region der Welt, in der ungeregelte Beziehungen, religiöse und Gebietsauseinandersetzungen und schwache Regierungen zusammen mit tödlichen Verbindungen von Technologie und Terror auf einem riesigen, verhältnismäßig durchgehenden Energiefeld brodeln, von dem der Wohlstand des Westens abhängt. Die größte Bedrohung gegen die Sicherheit Deutschlands, Europas und Amerikas ist nicht mehr die Gefahr einer Invasion durch das berühmte *Fulda Gap*, sondern die Gefahr einer gezielten Zerstörung unserer Gesellschaften bzw. einer irreparablen Schädigung unserer weitgefaßten Interessen aufgrund von Unruhen in dieser Region.

Entscheidungen aus dieser Region könnten einen maßgeblichen Einfluß darauf haben, wie das 21. Jahrhundert beschaffen sein wird. Es geht dabei um eine Reihe unterschiedlichster Fragen: Werden Massenvernichtungswaffen gegen Massenbevölkerungen eingesetzt werden? Werden die Öl- und Gasfelder des Kaukasus und Zentralasiens sich zu verlässlichen Energiequellen entwickelt? Wird die tödliche Opiumernte in Afghanistan und Burma unterbunden werden? Werden die Anrainer Rußlands sich zu stabilen und sicheren Demokratien entwickeln? Werden Israel und seine Nachbarn in Frieden zusammenleben können? Wird es schließlich den großen Religionen der Welt gelingen zusammenzuarbeiten?

In der Vergangenheit war unser Ansatz dieser Region gegenüber durch eine regelrechte Schubladen-Politik gekennzeichnet: Der Friedensprozeß im Nahen Osten wurde losgelöst von allen Energiefragen behandelt; im Umgang mit Energiefragen spielte das Problem der Weitergabe von Nuklearwaffen keine Rolle; dieses wiederum wurde losgelöst von dem Vorgehen gegenüber Nordafrika behandelt; und beim Umgang mit Nordafrika oder Indien und Pakistan spielte unser Verhalten gegenüber dem Iran und dem Irak keinerlei Rolle. Aufgrund der Globalisierung wurden diese Trennlinien verwischt, und weder die Vereinigten Staaten noch Europa sind heutzutage in der Lage, mit diesen Herausforderungen allein und auf sich gestellt umzugehen. Wir müssen eine neue transatlantische Strategie gegenüber dieser Region entwerfen, die einfach mehr beinhalten muß als eine Reihe von abgeschotteten politischen Vorgehensweisen.

Dabei handelt es sich um ein langwieriges Unterfangen. Wir können uns nicht der Hoffnung hingeben, daß diese von Turbulenzen geprägte Region sich kurzfristig in eine Zone der demokratischen Stabilität und des Wohlstands verwandeln läßt. Allerdings können wir gemeinsam mit größerem Erfolg vorgehen, um gemeinsame Interessen zu vertreten, die gegenwärtig an Dynamik gewinnenden negativen Entwicklungstrends zu bremsen, positive Trends zu fördern, Krisen in den Griff zu bekommen und, wenn es denn erforderlich wäre, Kriege zu gewinnen. Ich kann in diesem Zusammenhang nur einige der genannten Komponenten oberflächlich erwähnen, wie zum Beispiel die Notwendigkeit von vorrangigen Bemühungen um eine Verringerung unserer Abhängigkeit von Rohöl aus dem Persischen Golf. Drei dieser Aspekte jedoch erfordern eine etwas längere Erörterung.

Dabei geht es erstens um einen gründlicheren Blick auf die Lebensbedingungen in der arabischen Welt. Eine Reihe

von arabischen Staaten, die der atlantischen Gemeinschaft gegenüber freundlich eingestellt sind oder sich sogar auf einer Linie mit ihr befinden, haben bei der Entstehung von fanatischen Gruppen wie Al Qaida eine nicht zu leugnende Rolle gespielt. Gewöhnlich ist es unsere Unterstützung zugunsten von Israel, das angebliche Im-Stich-Lassen der Palästinenser oder die militärische Präsenz der USA in der Nähe der Heiligtümer des Islam, die als Ursachen für den islamischen Terrorismus angeführt werden. Die wichtigste Triebkraft des islamischen Zorns allerdings liegt darin, daß es vielen sogenannten gemäßigten islamischen Staaten nicht gelingt, moderne Regierungen einzusetzen, die den Bedürfnissen der jeweiligen Bevölkerung gerecht würden, oder lebensfähige zivile Gesellschaften aufzubauen, in denen auch nur ansatzweise öffentliche Diskussion und Demokratie toleriert werden.

Die Terroristen, welche die Angriffe des 11. Septembers begangen haben, waren wohlhabende Ägypter und Saudis mit einer hervorragenden Erziehung und Bildung, die sie in Deutschland und den USA genossen hatten. Sie waren Sprößlinge eines autoritären Systems, welches jede legitime politische Aktivität erstickte und die politischen Diskussionen in die Moscheen abdrängte. Und das Ergebnis? Während wir mit dem Friedensprozeß alle Hände voll zu tun haben, lenken sie ihre Gegner auf uns ab.

Es gibt jedoch auch noch einen anderen Weg, und das ist der Weg der Demokratie. Wenn der Islam Bestandteil einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft ist, dann blüht und gedeiht er ebenso wie jede andere Religion. Indien als volkreichste Demokratie der Welt beherbergt auch die zweitgrößte Muslimgemeinde der Welt. Und doch ist dort von islamischem Fanatismus nichts zu hören. Vielleicht hat die multiethnische, pluralistische und am freien Markt orien-

tierte Demokratie Indiens etwas mit der Tatsache zu tun, daß die Moslems in Indien nicht Amerika für ihre Probleme verantwortlich machen oder Selbstmörder-Flugzeuge in das Tadsch Mahal fliegen.

Wir haben es mit Millionen von Menschen zu tun, die lediglich überzeugt, nicht gezwungen werden können. Die Veränderung großer Teile der arabischen und islamischen Welt bzw. deren Kultur kann, wenn dies überhaupt möglich ist, erst nach vielen Jahren oder sogar Jahrzehnten der intensivsten Bemühungen gelingen. Es wird sich dabei um einen Wettstreit der Ideen und Konzepte handeln: Freiheit gegen betoniete Sicherheiten, Veränderung gegen Stabilität, Vielfalt gegen reine, einförmige Lehre.

In der Vergangenheit haben Armut und politische Entfremdung die jungen Menschen dem Kommunismus bzw. den Lehren von Nasser in die Arme getrieben. Heute wenden sie sich dem extremistischen Islam zu. Daher muß die transatlantische Gemeinschaft ihre Reaktionen und Verhaltensweisen verändern. Solange das Öl floß und die Regime stabil waren, haben wir unsere Augen angesichts der schreienden Ungerechtigkeiten in der arabischen Welt verschlossen. Die Zeit für Veränderungen ist gekommen.

Eine damit eng verknüpfte Priorität fordert von uns vermehrte Anstrengungen, um den Frieden zwischen Israel und Palästina. Von sich aus werden Ariel Sharon und Yasser Arafat aus dieser Abwärtsspirale der Gewalt nicht ausbrechen können. Europa und Amerika sind dahingehend einig, daß die Palästinenser einen lebensfähigen Staat brauchen. Wir stimmen darin überein, daß Israel seine erniedrigende Besetzung im Interesse der Palästinenser, aber auch der Israeli selbst beenden sollte. Andererseits müssen wir jedoch auch darauf bestehen, daß die Palästinenser Schluß mit Terror, Gewalt und Aufwiegelung zur Intifada machen.

Warum fordern wir nicht, die Saudis sollten als Gegenleistung für die Anerkennung eines Palästinenserstaats durch uns ihrerseits den Judenstaat anerkennen? Und wenn wir fordern, die Palästinenser sollten damit Schluß machen, ihre Landsleute gegen Israel aufzuwiegeln, warum fordern wir dann nicht dasselbe von den Ägyptern und den Saudis, welche die einflußreichsten und für ihren Antiamerikanismus sowie ihren Antisemitismus bekannten Medien der arabischen Welt entweder besitzen oder unter ihrer Kontrolle haben? Die Dynamik in Richtung auf eine so unendlich schwer zu besiegelnde Friedensregelung hängt in einem hohen Maße davon ab, welche konsequenten, anhaltenden und geduldigen Bemühungen die transatlantische Gemeinschaft unternehmen wird. Die Alternative könnte zu entsetzlich sein, als daß manche diese auch nur ins Auge fassen würden.

Wenn wir den Ozean an Menschen trockenlegen wollen, auf dem die Terroristen schwimmen – um ein Bild von Mao Tse-tung aufzugreifen –, dann müssen wir uns auch mit den Problemen des Elends, der Armut und der Krankheit auseinandersetzen, vor denen Milliarden von Menschen in dieser Region und darüber hinaus gegenwärtig stehen. Dazu werden Verpflichtungen erforderlich sein, die weit über das gegenwärtig Geleistete hinausgehen, und dies gilt insbesondere im Bereich der Entwicklungshilfe.

Die Notwendigkeit und der Zwang, dies zu tun, haben nur teilweise mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun; andererseits jedoch bietet das neue Umfeld Chancen und Gelegenheiten, die Entwicklung als eine Form der Sicherheit mit anderen Mitteln zu fördern. Diesbezüglich hat Europa in der Vergangenheit immer eine führende Rolle gespielt. In den Vereinigten Staaten dagegen ist die Entwicklungshilfe mit dem Kalten Krieg in sich zusammengebrochen. Unsere

heutige globale Entwicklungshilfe konzentriert sich im wesentlichen nur auf Ägypten und Israel. Wollte man diese Entwicklungshilfe in Prozent vom Volkseinkommen messen, so müßte man zu dem Ergebnis kommen, daß wir der Geizkragen Nummer 1 in der Welt sind.

Es ist gegenwärtig in Washington zum Thema der Entwicklungshilfe eine neue Rhetorik zu vernehmen. Allerdings haben weder das Weiße Haus noch der Kongreß diese neue Rhetorik in eine neue Wirklichkeit umgewandelt. Sie haben Steuersenkungen in Höhe von 1,6 Billionen Dollar verabschiedet, ohne dabei auch nur einen Cent für die Entwicklungshilfe vorzusehen. Sie verabschieden gegenwärtig ein Ankurbelungspaket im Werte von 100 Milliarden Dollar, ohne dabei auch nur einen Cent für die Entwicklungshilfe vorzusehen. Durch die Rezession könnten alle weiteren Bemühungen um eine Reform gebremst werden. Das Ergebnis? Wir geben freiwillig ein Instrument aus der Hand, mit Hilfe dessen wir die verarmten Gesellschaften zu Modernität und Demokratie hin führen könnten. Stattdessen lassen wir zu, daß das Geld aus den Kassen der Fundamentalisten in den islamischen Regionen Afrikas und in der gesamten Region des Großraums Südwestasien in die dadurch entstehenden Lücken fließt.

Dabei müßten wir gemessen an unserem Einkommen nicht einmal viel tun, um unglaublich viel Gutes zu leisten. Der Marshall-Plan kostete den amerikanischen Steuerzahler während eines Zeitraums von mehreren Jahren über zwei Prozent des Bruttosozialprodukts. Heute sehen wir nicht einmal mehr ein Zwanzigstel dieser Summe vor. Würden die Vereinigten Staaten ihr Hilfsbudget in diesem Jahr von weniger als ein Zehntel Prozent des Bruttosozialproduktes auf zwei Zehntel Prozent anheben, dann würden uns dadurch bereits zusätzlich 10 Milliarden Dollar für den Kampf

gegen Krankheit und für Erziehung und Bildung, sauberes Wasser und andere lebenswichtige Bedürfnisse zur Verfügung stehen.

Wie schon gesagt, handelt es sich hier um ein spezifisch amerikanisches Problem, und es wäre von größter Bedeutung, daß die Europäer hier eine führende Rolle spielen. Andererseits jedoch würde ich auch gerne anregen, daß sie sich um Mittel und Wege bemühen, um die verblüffende Kluft zu schließen, die sich in der Zwischenzeit zwischen den enorm hohen Hilfszusagen der EU (die sich auf dem Papier allemal gut ausnehmen) und den langen Zeiträumen – ich spreche von Jahren, nicht von Monaten – auftut, die mitunter vergehen, bevor eine Hilfszusage tatsächlich in Form der versprochenen Hilfe am beabsichtigten Ziel ankommt. Andererseits müssen auch die arabischen Staaten selbst das Thema Armut angehen, da wir schließlich und letztlich in der arabischen Welt selbst einige der reichsten Länder der Welt Tür an Tür mit einigen der ärmsten Länder sehen. Vielleicht könnte ein arabischer Marshall-Plan, der durch die ölreichen Golfstaaten zu finanzieren wäre, das Problem der Armut in den arabischen Ländern überwinden helfen.

Die Diskussion über die Entwicklungshilfe ist eine äußerst vielschichtige Debatte. Mit Geld allein wird es nicht gelingen, das Los der Armen zu verändern, solange deren Regierungen nicht die Probleme von Korruption und Bürokratie, der Rechtssicherheit und der Achtung des Privateigentums angehen und solange diese Staaten gleichermaßen nicht etwas gegen bestehende Handels- und Investitionshemmnisse unternehmen. Es sei hier lediglich festgehalten, daß der 11. September uns eine Gelegenheit geboten hat, diesem Aspekt unserer transatlantischen Agenda neues Leben einzuhauchen, wenn wir die Chance ergreifen.

Diese Fragen erfordern ihrerseits ein höheres Maß an Identität in unseren Ansätzen gegenüber gescheiterten Staaten und Schurkenstaaten – nicht nur in der betroffenen Region, sondern auch darüber hinaus. Eine Lehre des 11. Septembers besagt, daß bankrotte Staaten immer dann, wenn wir ihnen ein längeres Siechtum gestatten, zu Zufluchtsorten oder selbst zu Helfern von terroristischen Netzen werden können und daß sie sich dann mit dem organisierten Verbrechen und dem Drogenhandel beschäftigen können. Afghanistan ist dafür ein außerordentlich spektakuläres Beispiel, und es wird ein Wiederaufbau des Landes erforderlich sein, um den Terrorismus innerhalb seiner Grenzen auszumerzen. Die Petersberg-Gespräche sind ein guter Anfang.

Andererseits wimmelt unsere Welt vor lauter Afghanistans. Und wenn diese Staaten scheitern, dann haben ihre Nachbarn und oftmals auch die weltweite Gemeinschaft sich mitunter mit Flüchtlingsströmen, ethnischen oder zivilen Konflikten und politischem Zerfall auseinanderzusetzen. Gemeinsam haben wir ein zwingendes Interesse daran, mit anderen Partnern und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um Staaten zu errichten, die in der Lage sind, sich um die Bedürfnisse ihrer Einwohner zu kümmern und innerhalb ihrer Grenzen für Sicherheit zu sorgen. Die Europäer haben sich diese Erfordernisse bereits vor geraumer Zeit bewußt gemacht. Es gibt Anzeichen dafür, daß nun auch die Bush-Administration für diese Realität einen Blick bekommt. Dies wird allerdings noch abzuwarten sein.

Der 11. September hat nicht nur die Notwendigkeit deutlich gemacht, sich bankrotter Staaten anzunehmen, sondern auch gezeigt, daß wir bereit sein müssen, Schurkenstaaten entgegenzutreten, die sich bemühen, Massenvernichtungswaffen zu erwerben oder Know-how bzw. Materialien dafür an Terroristen zu liefern. Hier liegt heutzutage die wahr-

scheinlichste Bedrohung gegen unsere Sicherheit. Wir sollten uns um eine gemeinsame Doktrin scharen, die keinen Zweifel daran läßt, daß jedwedes Regime, das gegen die transatlantische Gemeinschaft oder deren Interessen mit Nuklear- oder mit biologischen bzw. chemischen Waffen vorgeht oder das derartige Waffen oder entsprechendes Know-how an Terroristen liefert, von der Macht vertrieben werden wird.

Wir dürften nicht allzu viel Zeit haben, um diesen Vorschlag lange zu debattieren, da gegenüber dem Irak dringliche Geschäfte anliegen. Saddam Hussein ist entsprechend motiviert, und er verfügt über die Mittel und die psychopathologische Ausgangslage, um Massenvernichtungswaffen an Terroristennetze zu liefern, von denen mit der größten Wahrscheinlichkeit ein zukünftiger und wahrhaft verheerender Schlag gegen Europa oder Amerika geführt werden könnte. Bereits bis zum Jahre 1995 hatte der Irak mehr als 29 000 Liter an biologischen Wirkstoffen einschließlich des Milzbranderreger und der Botulinustoxine hergestellt und verfügte über mindestens 300 biologische Bomben. Er hat in der Vergangenheit bereits sowohl gegen seine Feinde als auch gegen seine eigene Bevölkerung Giftstoffe als Waffen eingesetzt, und er setzt diese Aktivität auch gegenwärtig noch fort. Unsere Sanktionen sind in sich zusammengefallen. Saddam füttert lieber sein Programm für Massenvernichtungswaffen als seine Bevölkerung. Den UN-Inspektoren liegen gesicherte Erkenntnisse darüber vor, daß er bereits Raketen mit biologischen und chemischen Waffen bestückt hat. Der deutsche Nachrichtendienst schätzt, daß er innerhalb von drei Jahren über Nuklearwaffen verfügen wird. Die USA und Europa sollten über ihre gegenwärtigen Anstrengungen hinaus nach Mitteln und Wegen suchen, um der irakischen Bevölkerung zu helfen. Aber die Entwicklung von Raketen und von Massenvernichtungswaffen durch den Irak

muß auch auf eindeutig erkennbare Weise zurückgestutzt werden. Wir müssen einen neuen internationalen Konsens gegen die Aktivitäten von Saddam begründen, diesen durch die Vereinten Nationen sanktionieren lassen und ihn dann mit einer echten Alternative konfrontieren. Läßt er die Inspektoren nicht ins Land, dann verdrängen wir ihn aus der Macht. Liefert er Terroristengruppen Know-how oder Material, dann verdrängen wir ihn aus der Macht. Clevere Sanktionen oder clevere Bomben: Er kann selber wählen.

Eine globale atlantische Gemeinschaft wäre zweitens ein starker Mechanismus, um auch Rußland in eine neue große Partnerschaft einzubinden. In dem Maße, in dem Präsident Putin mit der Integration Rußlands in den Westen und in die globalen Institutionen eine historische Entscheidung gefällt hat, sollten wir diese Chance ergreifen. Dabei gibt es zwei miteinander verknüpfte Prioritäten. Die eine lautet, die Bemühungen der Russen um eine Umgestaltung ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen zu fördern. Und die andere lautet, die Welt sicherer zu machen.

Es wäre ein großer Fehler, wollte man die Anfälligkeit der Demokratie in Rußland nicht entsprechend beachten. Rußland kann so lange nicht vollwertiger Bestandteil dieser globalen atlantischen Gemeinschaft werden, wie es noch nicht vollständig demokratisiert ist. Ein Rückfall droht nach wie vor als gewisse Gefahr. Daher müssen wir die Bemühungen der Russen um eine Umgestaltung ihres Landes unterstützen, indem wir über die Moskauer Ringstraße hinaus auch die neuen Generationen in den Vorstandsetagen, in den Betrieben und Redaktionen, aber auch in den Universitäten eines neuen Rußlands erreichen. Und daher müssen wir deutlich vernehmbar unsere Sorgen bezüglich Tschetschenien, der Pressefreiheit, der religiösen Toleranz und der Rechtssicherheit zum Ausdruck bringen.

Allerdings wird es ohne Moskau auch nicht möglich sein, das janusköpfige Monster des Terrorismus und der Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen. Diese entscheidende Dimension der Zusammenarbeit mit Rußland nicht zu erkennen, würde schlicht und einfach eine Einschränkung unserer Sicherheit bedeuten. Gemeinsam sollten wir uns um Mittel und Wege bemühen, die Integration Rußlands zu fördern. Dazu könnten auch beschleunigte Bemühungen um eine Mitgliedschaft Rußlands in der Welthandelsorganisation, um einen Abbau der Handelsschranken für russische Einfuhrwaren sowie um eine neue Ebene für gemeinsame Konsultationen und Entscheidungsprozesse zwischen Rußland und NATO in ausgewählten Bereichen von gemeinsamem Interesse gehören, einschließlich gemeinsamer Bemühungen gegen den Terrorismus und Massenvernichtungswaffen.

Zu Anfang dieses Jahres gab Präsident Bush seine Absicht bekannt, die bestehende strategische Architektur der Rüstungskontrolle und der Atomwaffenverträge durch einen neuen strategischen „Rahmen“ für das 21. Jahrhundert zu ersetzen. Eine Überarbeitung und Aktualisierung dieser politischen Ansätze ist seit geraumer Zeit fällig. Allerdings kann ein allein vorgehendes Land unmöglich einen dauerhaften strategischen Rahmen ausarbeiten, dem alle anderen Länder zustimmen würden. Ein neuer Rahmen muß mehr leisten können, als lediglich die alten Nuklearwaffen zugunsten einer neuen Raketenabwehr zu verringern. Wir benötigen einen umfassenderen und integrierten Ansatz unter Einbeziehung erweiterter Bemühungen um die Rüstungskontrolle, besserer Maßnahmen im Kampf gegen den Terror und die Weiterverbreitung von Atomwaffen, gemeinsamer Bemühungen im Umgang mit bankrotten und Schurkenstaaten und neuer, ausgewogener Verteidigungsmöglichkeiten. Und es muß auch versucht werden, in einen solchen neuen

Rahmen neue Partner einzubeziehen, insbesondere Rußland und China.

Daher unterstütze ich Überlegungen wie diejenige, die durch Karl Kaiser und andere ins Gespräch gebracht wurden, um die Gruppe der 8 als Kern einer neuen globalen Allianz für die gemeinsame Sicherheit um China zu erweitern. Einer der ersten Tagesordnungspunkte dieser globalen Koalition wäre, ein neues Verständnis für den Begriff der strategischen Stabilität zu erarbeiten. 30 Jahre lang haben die zwei Supermächte trotz aller Feindseligkeiten zwischen ihnen die Stabilität bewahrt, weil sie sich gleichermaßen bedroht fühlten, weil sie beide davon ausgingen, daß die Aussicht auf den kollektiven Selbstmord jede Seite vom tatsächlichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen abschrecken würde, und weil sie bereit waren, gemeinsam und auch mit weiteren Ländern bestimmte Spiel- und Verhaltensregeln auszuhandeln.

Heute gelten alle drei Prämissen nicht mehr. Es sind weitere Nuklearmächte hinzugetreten – und die für diese geltenden Spiel- und Verhaltensregeln sind ungeklärt. Terroristen lassen sich durch Selbstmord nicht abschrecken, und sie sitzen auch an keinem Verhandlungstisch. Sie haben nichts zu schützen und nichts zu verlieren. Kurz gesagt – die Abschreckung aus der Zeit des Kalten Krieges funktioniert nicht mehr wie in der Vergangenheit, und in einigen Fällen funktioniert sie überhaupt nicht.

In einem neuen Konzept einer strategischen Stabilität müssen bisher getrennt verlaufende Handlungsstränge miteinander verflochten werden. Das Ergebnis muß eine umfassende Verteidigung gegen Massenvernichtungswaffen in jeder Form, aus jeder Quelle und mit jedem Träger oder Übermittlungsmedium sein – ob sie nun absichtlich oder durch einen Störfall ins Spiel gebracht werden, ob durch einen

Schurkenstaat oder eine Terrorgruppe. Eine neue Koalition sollte breit angelegte Bemühungen um einen tiefgreifenden Schutz entwickeln, der vier sich gegenseitig verstärkende Komponenten umfassen sollte: Prävention, Abschreckung, Abwehr und Schutz der Gesellschaft.

Die erste Komponente ist die Prävention. Als das Sowjetreich auseinanderfiel, da ließ es 30 000 nukleare Sprengköpfe und eine ausreichende Menge an hochangereichertem Uran und Plutonium zurück, um weitere 60 000 Sprengköpfe herzustellen. Desweiteren 40 000 Tonnen an chemischen Waffen, raketengeeignete Pockenerreger und zigtausende Wissenschaftler, die eher wissen, wie sie Waffen und Raketen bauen, als wie sie ihre Familien ernähren.

Glücklicherweise haben wir in den zurückliegenden zehn Jahre eine Reihe von wichtigen Schritten realisiert. Aber Riesenschritte sind nötig. Die Kette der nuklearen Sicherheit ist so stark wie ihr schwächstes Glied, und von unkontrolliertem Material in gleich welchem Lande geht eine potentielle Gefahr für die gesamte Welt aus. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat es sich hier fast ausschließlich um amerikanische Investitionen für die Prävention gehandelt. Unsere europäischen Partner sollten sich uns in diesem Bereich anschließen und mit dazu beitragen, nukleare, chemische und biologische Materialien unter sichere Kontrolle zu bekommen. Wir müssen unsere Mittel aufstocken und den Zeitplan kürzer gestalten, um diese Risiken zu begrenzen. Hier liegt die dringlichste und bisher noch nicht beantwortete Bedrohung unserer nationalen Sicherheit. Ein guter Gedanke in diesem Zusammenhang sind die sogenannten Tauschgeschäfte „Schulden gegen Sicherheit“. Diesem Konzept zufolge würden wir Schulden aus der Sowjetära erlassen, wenn Rußland im Austausch dagegen seine Rubel in die Programme zur Nichtverbreitung von Atom- und Massen-

vernichtungswaffen investieren würde. Wir müssen die bestehenden Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle so erweitern, daß auch die nichtstrategischen Streitkräfte ebenso einbezogen werden wie die Arsenale mit Waffen und nuklearem, biologischem und chemischem Material sowie auch die entsprechende Infrastruktur. Wir sollten diese Bemühungen in dem Sinne ausdehnen, daß auch das vorhandene Plutonium beseitigt und die bestehenden chemischen Waffen zerstört würden.

Der zweite Teil in diesem Puzzle heißt immer noch Abschreckung. Rußland, die Vereinigten Staaten und andere unterhalten nach wie vor eine mächtige und glaubwürdige Abschreckungsmacht, dank derer ein direkter nuklearer Angriff oder eine nukleare Erpressung durch ein Land äußerst unwahrscheinlich erscheint. Diese abschreckende Wirkung könnte jedoch mit wesentlich geringeren Streitkräften erreicht werden. Wir sollten die Intention der USA und Rußlands begrüßen, jeweils ihre nuklearen Langstreckenraketen um zwei Drittel abzubauen. Durch einseitige Kürzungen allein, so lobenswert diese auch sein mögen, können wir nicht unbedingt eine krisensicherere Situation herbeiführen. Das Frühwarnsystem Rußlands ist nachhaltig geschwächt, und das Befehls- und Kontrollwesen im Lande ist nicht zuverlässig. Wir müssen bezüglich dieser Nuklearwaffen operative Veränderungen entwickeln, mit denen wir die Gefahr einer Fehlberechnung oder eines zufälligen Raketenstarts auf Null reduzieren können. Auch bindende Vereinbarungen haben ihren Wert – sie tragen zur Sicherung der Berechenbarkeit, zu größerer Transparenz und zu effektiver Überprüfung bei.

Prävention und Abschreckung sind alleine nicht ausreichend. Daher wird eine dritte Komponente benötigt – tatsächliche und echte Abwehrmöglichkeiten. Nun wurde die-

ses Thema sowohl hier als auch in Amerika bisher mehr in Kategorien von Theologie oder Technologie diskutiert als nach strategischen Gesichtspunkten. Unser Ziel kann es nicht sein, eine spezifische Abwehr aufzubauen, sondern es muß um die Verringerung einer umfassenden Gesamtbedrohung gehen. Und angesichts der anderen Komponenten, die ich erwähnte, müssen wir uns nun überlegen, ob bestimmte Typen von Abwehrsystemen dies leisten können – als Bestandteil eines umfassenden Sicherheitskonzepts und nicht als das Konzept selbst.

Bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts wird der größte Teil Europas in Reichweite von ballistischen Raketen aus dem Großraum Südwestasien liegen. Und die Technologie der Marschflugkörper ist noch leichter zugänglich. Nachhaltige Bemühungen um die Erforschung einer geeigneten Raketenabwehr bis hin zu einer Verteidigungsarchitektur gegen Marschflugkörper sind nicht nur gerechtfertigt, sondern nach dem ABM-Vertrag auch zulässig.

Aber ein Umsteigen auf eine solche Abschreckungsstrategie auf der Basis eines Mix aus offensiven und defensiven Fähigkeiten kann und sollte nicht von heute auf morgen vollzogen werden. Derartige Schritte sollte man gemeinsam mit Partnern und in einem Tempo unternehmen, das auch der technischen Reife der Abwehrsysteme gerecht wird. Und dabei sollten weder die Transparenz noch die Überprüfbarkeit und die Stabilität verlorengehen, die doch zu den Vorzügen der konventionellen Rüstungskontrolle gehören. Es sollte möglich sein, eine Übereinkunft mit Rußland zu erreichen, derzufolge die Stationierung von Abwehrtechnologien zulässig und auch eine Nachfolgevereinbarung zum ABM-Vertrag zu erreichen wäre.

Kurz zusammengefaßt sollten wir dann, wenn wir die Möglichkeit haben, Mittel zu entwickeln, um uns mit einer

begrenzten Raketenabwehr vor Angriffen abzuschirmen, dies auch ruhig tun – solange dies nicht unsere Verwundbarkeit gegenüber anderen, möglicherweise wahrscheinlicheren und unmittelbareren und eventuell auch potentiell verheerenderen Bedrohungen erhöht. Unsere erste Verteidigungslinie heißt Abbau der Bedrohung, Diplomatie, Zusammenarbeit, militärische Macht und Aufklärung. Die Raketenabwehr stellt unsere letzte Verteidigungslinie dar. Wir sollten uns hüten vor übermäßigen Investitionen in unsere letzte Verteidigungslinie und vor unzureichenden Investitionen in alle anderen. Eine neu ausgewogene multidimensionale Strategie, um unterschiedlichsten Bedrohungen der USA, ihrer Bündnispartner und ihres Partners Rußland zu begegnen – unter anderem, aber nicht nur unter Einbeziehung einer Abwehr gegen Langstreckenraketen –, ist sicherlich sinnvoller als ein übermäßig ehrgeiziges Raketenabwehrsystem allein.

Und schließlich muß Abwehr und Verteidigung auch den Schutz der Gesellschaft bedeuten. In den Vereinigten Staaten reden wir bei einem solchen integrierten Programm von *homeland defense*. Da sich bei einer möglichen direkten Übersetzung ins Deutsche, zum Beispiel mit dem Begriff „Heimatverteidigung“, unerwünschte Konnotationen aus der Vergangenheit einstellen, möchte ich hier lieber von „Landesverteidigung“ sprechen. Jedenfalls meine ich damit vollständig integrierte Bemühungen um eine Bereitschaft zu Hause, bei denen die öffentliche Gesundheitsvorsorge und die Bereitschaft der Krankenhäuser und Kliniken ebenso im Mittelpunkt stehen wie unsere Fähigkeiten in der Notfall- und Katastrophenhilfe. Derartige Bemühungen sind völlig unabhängig davon erforderlich, ob Terroristen jemals Nervengift oder Bakterien herstellen oder einsetzen werden, da auch Industriechemikalien in der modernen Gesellschaft allgegenwärtig sind und Erreger über Nacht von einem Kontinent auf

den anderen überwechseln und dort in noch virulenterer, resistenterer Form wieder auftauchen können. Im Jahre 1984 sind in Bopal mehr Menschen nach der Katastrophe im dortigen Chemiewerk gestorben als nun nach dem Angriff auf das World Trade Center.

Der frühere US-Senator Sam Nunn formulierte dies so: „Wir müssen erkennen, daß wir in der Dialektik um neue Waffen und neue Abwehrmöglichkeiten eine neue Ebene erreicht haben. In der Entwicklung des Kriegshandwerks war es doch so, daß gegen Pfeile der Schild entwickelt wurde, gegen Schwerter die Rüstung und gegen Gewehre der Panzer; nun gilt es, gegen biologische Waffen entsprechende Medikamente, Impfstoffe und Überwachungssysteme zu entwickeln.“

Es ist davon auszugehen, daß die Reaktion der USA im Rahmen eines groß angelegten nationalen Projekts erfolgen wird, das durchaus an das Apollo-Projekt erinnern könnte, mit dem der Mensch auf den Mond geschossen wurde. Wir entwickeln bereits gegenwärtig ein Arsenal von 300 Millionen Impfstoffportionen gegen die Pocken. Wie reagiert Deutschland? Sind die offiziellen Stellen in Deutschland und in Europa darauf eingestellt, einen „Cyber-Angriff“ auf das Flugkontrollwesen in Frankfurt abzuwehren, während ganze Schwärme von Verkehrsflugzeugen versuchen, im morgendlichen Regen und Nebel sicher zu landen? Wie steht es mit einem Flugzeug, das in Paris gestartet wird, um dann in Frankfurt gegen das Hochhaus der Deutschen Bank zu fliegen? Es besteht in Europa ein Bedarf an integrierten Abwehrplänen, die die rasche Verlagerung von Fähigkeiten von einem Lande in das andere ermöglichen; und man sollte bereit sein, entsprechend zu reagieren, wenn massive Erkrankungen ausbrechen. Transatlantischen Bemühungen um die Bildung von Vorräten von Impfstoffen und Antibiotika, um

die Entwicklung gemeinsamer Reise- und Quarantäneregelungen, um gemeinsame Vorkehrungen zur öffentlichen Gesundheitsvorsorge und gemeinsame Normen zum Schutz der wichtigsten Infrastrukturen könnten sich dort als entscheidend erweisen, wo es darum geht, Notfälle zu verhüten, in ihrer Wirkung zu begrenzen bzw. in ihren Folgen aufzuarbeiten.

Eine Initiative könnte eine ehrgeizige Forschungsagenda darstellen, in deren Rahmen unsere besten Wissenschaftler und vorausschauende Vertreter der Pharmaindustrie und verschiedener biotechnologischer Branchen sich mit Mitteln und Wegen beschäftigen, um unsere Verwundbarkeit gegenüber gefährlichen Krankheitserregern abzubauen. Gemeinsam mit Rußland sollten wir unser Know-how in Fragen der „Bioverteidigung“ bündeln und unsere erheblichen Ressourcen zu defensiven und friedlichen biologischen Zwecken einsetzen.

Diese Übersicht zeigt, wie weit es mit unserer Welt seit dem Fall der Berliner Mauer gekommen ist. Und doch messen kluge Experten den Gesundheitszustand unserer Beziehungen immer noch am Maße des Engagements der USA in Europa anstatt daran, in welchem Maße transatlantische Partnerschaft in den verschiedenen Regionen der Welt geübt wird. Wir brauchen ein neues Barometer. Wenn wir das Wesen unserer Partnerschaft bewahren wollen, dann müssen wir die Art und Weise verändern, wie sie sich Ausdruck verschafft.

Sind wir bereit für eine derartige Partnerschaft? Werden die Amerikaner entweder die Geduld oder die Neigung aufweisen, um Koalitionen nach der Art der hier angeregt zu bilden? Werden die Europäer entweder die Fähigkeit oder den Willen aufbringen, um so kohärent vorzugehen, wie dies erforderlich ist? Und sind die Deutschen mehr als

ein Jahrzehnt nach ihrer Vereinigung auf die von Karl Kaiser bezeichnete „dritte große Neuausrichtung“ ihrer Außenpolitik seit 1945 vorbereitet – zunächst die Westbindung von Adenauer und dann die Ostpolitik von Brandt und jetzt die weltweite Verantwortung der Berliner Republik von Schröder und Fischer?

Dies sind durchaus offene Fragen. Sie werden die Führungsfähigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks testen. „Das Geheimnis der Regierungskunst“, bemerkte Victor Hugo einmal, „ist es, genau das richtige Maß an Zukunft in die Gegenwart einzubringen.“ Eine globale atlantische Gemeinschaft ist ein ehrgeiziges Unterfangen. Sie wird weder schnell noch billig oder leicht zu haben sein. Möglicherweise wird sie niemals ganz erreicht werden können. Aber hier kann der Weg von ebenso großer Bedeutung sein wie das Ziel – und die Kosten des Nichtstuns überwiegen gewaltig die Kosten eines solchen Versuches.

Auf diesem Wege werden die Amerikaner sich der Notwendigkeit stellen müssen, wann immer es ihnen möglich ist, mit anderen zusammenzuarbeiten und nur bei echter Notwendigkeit allein vorzugehen. Bis zum 11. September verfolgten die Bush-Administration und zahlreiche Kongressangehörige genau den gegenteiligen Ansatz. Seit dem 11. September haben sie sich in manchen Bereichen als geschickte Multilateralisten erwiesen, was bisher allerdings eher Ausdruck einer operativen Anstrengung war als einer aus Prinzip erfolgten Umkehr.

War der 11. September Vorbote eines Paradigmenwandels in der Außenpolitik der USA? Es ist noch zu früh für eine genaue Antwort, aber wir wären sicher gut beraten, wenn wir die 100 Jahre alten Worte von Woodrow Wilson nicht vergäßen: „Amerika schlendert mit lockerer Nonchalance durch seine Ressourcen und durch das Labyrinth

seiner Politik“, sagte Wilson, „aber alsbald wird eine Zeit kommen ..., da es gezwungen sein wird, sich zusammenzureißen, mit seinen Mitteln sparsam umzugehen, seine Stärken zu konzentrieren und sich um stetigeres Handeln und nüchternere Sichtweisen zu bemühen; es wird seine Extravaganzen einschränken und statt auf den Durchschnitt auf seine besten Kräfte bauen müssen. Das wird die Zeit des Wandels sein.“

Nur wenige große Ziele auf dieser Welt sind ohne Amerika zu erreichen. Aber Amerika erreicht nur wenige von ihnen allein. In dieser Zeit der düsteren Netze und der Nuklearterroristen, der bankrotten Staaten und der Rezession wird das Zusammengehen mit anderen oftmals die einzige Möglichkeit sein, unsere Last gemeinsam zu tragen, unseren Einfluß zu vergrößern und unsere Ziele zu erreichen.

Hier in Europa nimmt gegenwärtig die Diskussion um die zukünftige Gestalt der Europäischen Union, um das, was unsere französischen Freunde als die „finalité“ Europas bezeichnen, ein schnelleres Tempo an. Es ist eine faszinierende Diskussion – nicht nur deswegen, was dabei angesprochen wird, sondern eben auch deswegen, was dabei nicht angesprochen wird; ich meine vorwiegend die Beziehungen eines größeren und tieferen Europas zu seinen transatlantischen Partnern und die Konzeption von der europäischen Rolle und Aufgabe in der Welt. Ein Beobachter von außen kann nur verblüfft sein angesichts des Ausmaßes, in dem diese Debatte sich auf die Frage konzentriert, was Europa sein sollte, anstatt was Europa tun sollte.

Ich möchte zu diesem Thema keinerlei Mißverständnisse aufkommen lassen. Europa hat sich mit der Vertiefung und Erweiterung seiner Integration ein ehrgeiziges und schwieriges Ziel gesetzt. Der Erfolg ist von großer Bedeutung. Ich

will keinesfalls meine amerikanische Nase unter das europäische Zelt stecken. Aber wir Amerikaner haben ebenso wie viele andere ein Interesse an dem Ergebnis, und wir würden hoffen, daß ein Ergebnis eine leistungsfähigere Partnerschaft zwischen den USA und einer Europäischen Union sein wird, die auf dem weiten globalen Feld aktiv werden kann. Europa hat sich immer am besten nicht nach seinen Grenzen, sondern nach seinen Horizonten definiert. Und in dem Maße, da gegenwärtig die Diskussion über die *Finalité* voranschreitet, scheinen diese Horizonte eher verschwommen.

Der einzige echte Hinweis auf diese breiteren Dimensionen der europäischen Einheit findet sich in der Rede von Joschka Fischer in Straßburg, als dieser darauf drängte, „Europa aus einer Europäischen Union im Westen des Kontinents in eine Union für das ganze Europa zu verwandeln, das zu weltweitem Handeln fähig ist“. Was für eine Art von Handeln meinte er jedoch? Wird das sich abzeichnende Europa verstärkt wie die Vereinigten Staaten handeln? Oder eher – entschuldigen Sie bitte – wie eine sehr große Schweiz? Wird es sich mehr wie eine Supermacht oder mehr wie ein Supermarkt verhalten? Nun werden viele Europäer argumentieren, die Herausforderung, eine globale Partnerschaft zu begründen, sei zu groß und komme zu früh für ein Europa, das noch mit seiner internen Tagesordnung alle Hände voll zu tun hat. Andere werden argumentieren, die beste Möglichkeit zur Vergrößerung des Zusammenhalts in Europa und des Einflusses Europas liege nicht in einer engeren atlantischen Partnerschaft, sondern in einer größeren Unabhängigkeit Europas.

Beide Argumente geben jedoch genau dem amerikanischen Unilateralismus Nahrung, angesichts dessen die Europäer sich immer so beunruhigt zeigen. Das wahre Ungleichgewicht in der transatlantischen Partnerschaft entsteht

nicht aus dem Umstand, daß wir zu viel Amerika haben, sondern eher, daß wir zu wenig Europa haben. Und wenn die wahren Impulse für eine noch festere europäische Einheit lediglich daher rühren, daß die Europäer sich danach definieren, was sie nicht sind – das heißt, eben keine Amerikaner –, und nicht durch das, was sie sind, dann ist dies eine Bankrotterklärung des europäischen Ideals.

Die schwerwiegendsten Auswirkungen derartiger Entwicklungen würden sich gerade in diesem Lande zeigen, denn nach der Erweiterung wird die Berliner Republik nicht mehr die Front Europas, sondern dessen Kernland sein, sowohl die entscheidende Wegekreuzung als auch die zentrale Macht dieses dynamischen Kontinents. Bundeskanzler Schröder hat eine „neue Konzeption für die Außenpolitik Deutschlands“ gefordert. Die Freunde Deutschlands sind zuversichtlich, daß diese neue Konzeption auf den Fundamenten der Erfolge der Bonner Republik entwickelt werden wird, aber sie fragen sich mitunter, ob ihr Vertrauen in Deutschland von einem ähnlichen Vertrauen der Deutschen in sich selbst begleitet wird.

Natürlich wäre es verständlich, wenn nun argumentiert würde, immer dann, wenn Deutschland in der Vergangenheit eine gewichtigere Rolle gespielt habe, habe dies sowohl Deutschland als auch der ganzen Welt nur Kummer und Sorgen gebracht. Aber es ist ein Unterschied, ob man aus der eigenen Geschichte lernt oder ob man sich hinter ihr versteckt. Als Deutschland seine Einheit in Frieden erlangte, da haben Sie diesen Erfolg nicht nur für sich selbst errungen, sondern für viele Menschen auf allen Kontinenten. Während mehrerer Jahrzehnte haben amerikanische Soldaten hier als Treuhänder Ihrer Einheit gedient. Heute sind deutsche Soldaten an Patrouillenflügen über Nordamerika beteiligt und dienen damit der Freiheit. Wir danken Euch.

Die Fähigkeit Deutschlands, seine Außen- und Sicherheitspolitik anzupassen, wird ein wichtiger Schrittmacher und ein wichtiges Barometer für den politischen Willen Europas und für das Engagement Europas zu Gunsten einer stärker global ausgerichteten atlantischen Gemeinschaft sein.

Es werden sich auch wichtige Implikationen für unsere zentralen Institutionen ergeben. Wir beginnen dabei natürlich nicht am Nullpunkt. Ein wesentlicher Teil unserer institutionellen Vorkehrungen und Mechanismen für eine weltweite Zusammenarbeit läuft glatt und ungestört. Allerdings werden gewisse Anpassungen erforderlich sein.

Die NATO muß ihre Erweiterung fortsetzen. Aber Größe allein ist kein Ziel an sich. Die Streitkräfte des Bündnisses müssen darauf eingerichtet sein, nicht nur unsere erweiterten Grenzen zu verteidigen, sondern uns auch gegen Bedrohungen unserer Sicherheit zu verteidigen, die von jenseits dieser Grenzen kommen. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich dabei um formale Maßnahmen durch die NATO handelt oder um weniger formale Koalitionen einzelner, die jeweils zum Handeln entschlossen sind. Und wir sollten die erstmalige Feststellung des Bündnisfalles gemäß Artikel V des NATO-Vertrages als die Gelegenheit nutzen, unsere Strategien für die erwähnte *homeland defense* mit der Doktrin der Allianz und der Streitkräfteplanung zur Verteidigung unseres *NATO homelands* abzugleichen.

Die Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union sind bereits jetzt von weltweiter Reichweite. Aber wir müssen in rasch auftretenden Krisen gemeinsam wirkungsvoller und schneller handeln. Die zwischen uns bestehenden Unterschiede müssen wir erkennen und entsprechend mit ihnen umgehen, bevor sie unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit beeinträchtigen können. Wir müssen unsere Fähigkeit steigern, mit sich abzeichnenden Bedrohungen

umzugehen und sicherzustellen, daß die Vorteile der Globalisierung in einem höheren Maße allen zugute kommen.

Und schließlich sollten wir eine strategische Verlagerung der Schwerpunkte für die OSZE – die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – ins Auge fassen. Sie sollte von Mitteleuropa abrücken und sich verstärkt dem Kaukasus und Zentralasien zuwenden. Die entscheidenden Herausforderungen in dieser Region – der Aufbau von Sicherheit und Vertrauen innerhalb von Gesellschaften anstatt zwischen Staaten – sind genau diejenigen Bereiche, in denen die OSZE am leistungsfähigsten ist.

Die eigentliche Frage gilt letztlich jedoch nicht den Institutionen, sondern den gemeinsamen Perspektiven und der gemeinsamen Entschlossenheit. Wir können auf das durch uns Erreichte durchaus stolz sein. Eine eindeutige Erkenntnis aus dem 11. September jedoch, die sich wie ein roter Faden durch sämtliche politischen Überlegungen und Handlungsweisen zieht, besagt, daß unser wahrer Feind unsere eigene Selbstgefälligkeit ist.

„Unsere Freiheit ist dann in Gefahr, wenn wir uns auf dem Erreichten ausruhen“, erinnerte uns Präsident Kennedy im Jahre 1963 in der Paulskirche. „Denn weder die Zeit noch die Welt stehen irgendwann still. Der Wandel ist das Gesetz des Lebens. Und wer den Blick ausschließlich auf die Vergangenheit richtet, der verpaßt mit Sicherheit die Zukunft.“

Wandel und Veränderung sind schwierig. Sie bergen in sich den Keim der Angst. Die Aufmerksamkeit der Medien richtet sich meistens und auf unverrückbare Art und Weise darauf, wie Regierungen mit Veränderungen fertig werden. Nur wenig ist hier zu hören von der stillen Revolution, die jeder einzelne von uns in sich und mit sich zu absolvieren hat. Eine stille Revolution vollzieht sich gegenwärtig in meinem Lande für jeden einzelnen. Ich finde, daß die Worte,

die die österreichische Dichterin Ingeborg Bachmann vor mehreren Jahrzehnten schrieb, die gegenwärtig vorherrschende Stimmung sehr gut einfangen:

*Der Krieg wird nicht mehr erklärt,
sondern fortgesetzt. Das Unerhörte
ist alltäglich geworden. Der Held
bleibt den Kämpfen fern. Der Schwache
ist in die Feuerzone gerückt.
Die Uniform des Tages ist die Geduld,
die Auszeichnung der Armseligen Stern
der Hoffnung über dem Herzen.*

Wir leben in einer Zeit der Tragödie, die allerdings auch immense Chancen in sich birgt. Sind wir darauf vorbereitet, die Zukunft so zu gestalten, wie wir dies in der Vergangenheit getan haben? Vor dem 11. September war dies eine interessante Salonfrage. Heute könnte der Einsatz kaum größer sein. Die Amerikaner dürften ihre Einstellungen und Verhaltensweisen kaum ändern, wenn dies nicht auch ihre europäischen Partner tun. Die Gefahr könnte darin liegen, daß jede Seite auf die andere verweist, um zu rechtfertigen, warum nicht sie, sondern warum die anderen sich ändern müssen. Und wie so oft in der Vergangenheit wird die deutsch-amerikanische Partnerschaft von entscheidender Bedeutung sein.

Daniel S. Hamilton

- 1955 in Teheran, Iran, geboren
Studium der Wirtschaftswissenschaften, der
Politologie und der Internationalen Beziehun-
gen an den Universitäten Johns Hopkins,
Georgetown, Konstanz und St. Olaf College
- 1979-82 Program Officer und Direktor des Wirtschafts-
programms, Chicago Council on Foreign
Relations
- Seit 1982 Direktor des deutschen Sprachprogramms
„Waldsee“, Concordia Language Villages,
Minnesota
- 1982-90 Stellvertretender Direktor des Aspen Instituts
Berlin
- 1985 Ph.D. der Johns Hopkins University
- 1987-89 Gastprofessor für Internationale Politik, Freie
Universität Berlin
- 1990-91 Direktor des California Institute for European-
American Relations
- 1990-94 Senior Associate am Carnegie Endowment for
International Peace
- Seit 1992 Mitglied des Council on Foreign Relations
- 1994-2001 Deputy Assistant Secretary of State für euro-
päische Angelegenheiten; US-Sonderkoordi-
nator für die Stabilisierung Südosteuropas;
stellvertretender Direktor des Planungsstabes
- Seit 2001 Direktor und Professor am Zentrum für Trans-
atlantische Beziehungen der Johns Hopkins
University, School of Advanced International
Studies (SAIS), Washington, D.C.

Auszeichnungen

- 1999 Superior Honor Award, U.S. Department of
State
- 1999 Bundesverdienstkreuz Erster Klasse des
Verdienstordens der Bundesrepublik
Deutschland

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung verkörpert innerhalb der Verfassung des Hauses Bosch die gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861-1942). Sie ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und wurde 1964 gegründet.

Rund 92 Prozent des 1,2 Milliarden Euro betragenden Stammkapitals der Robert Bosch GmbH gehören der Robert Bosch Stiftung GmbH, deren Zwecke ausschließlich gemeinnützig sind. Die Dividende der Robert Bosch GmbH fließt der Robert Bosch Stiftung GmbH anteilig zu.

In fünf Programmbereichen und in den stiftungseigenen Einrichtungen in Stuttgart (Robert-Bosch-Krankenhaus, Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie, Institut für Geschichte der Medizin) verfolgt die Stiftung Zwecke der öffentlichen Gesundheitspflege, der Völkerverständigung, der Wohlfahrtspflege, der Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur und der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften.

ROBERT BOSCH STIFTUNG

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart

E-Mail: info@bosch-stiftung.de
www.bosch-stiftung.de

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung

Foto: Susanne Kern

Februar 2002

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek
erhältlich

© 2002 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-922934-71-4